:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 1.5.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Trägerschaft“ gesucht

Viöl. Ein „H. Horn“ aus Tating in Schleswig-Holstein sucht eine „Trägerschaft“ für „Erbe und Resthof“ des extrem rechten Verlegers Roland Bohlinger. „Ziel“ sei der Ausbau einer „freien Tagungsstätte“ und die Weiterführung des Verlags mit Druckerei im Nordosten von Husum, heißt es in einer Kleinanzeige in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“. In Bohlingers „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ erschienen viele Jahre lang Bücher extrem rechter Autoren, darunter auch Faksimile-Ausgaben aus den 1920er und 1930er Jahren. Zeitweise wurden hier auch die Zeitschrift „Nation“ und die „Askania-Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung“, die Bohlinger mit Herbert Taege herausgab, verlegt. Taege war während des NS-Regimes Schüler der HJ-Akademie für Jugendführung. Zuletzt führte Dieter Bohlinger die Geschäfte des Verlags, nachdem seinem Vater die weitere Gewerbeausübung wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden war.

hma ■

Vor der Auflösung

Der Verein „Ostpreußenhilfe“ steht nach mehr als 36 Jahren vor dem Aus. Der Vorstand des Vereins hat auf seiner Jahreshauptversammlung beschlossen, die Arbeit zum Ende des Jahres einzustellen. Die Gründe sind das hohe Alter und die gesundheitlichen Probleme der aktiven Mitglieder. Zudem gibt es keine Nachfolger, und auch das Spendenaufkommen geht zurück. Der Verein hatte ältere Deutsche unterstützt, die auf dem Gebiet der früheren preußischen Provinz lebten. Mehr als 22.000 Pakete im Gesamtgewicht von 255 Tonnen will der Verein dorthin geliefert haben. Darüber hinaus auch Bargeld. Zudem erschienen zahlreiche Bücher über die Region, und es wurden Film- und Dia-Vorträge im ganzen Land gezeigt. Gisela Peitsch, die Vorsitzende des Vereins, erhielt dafür das Bundesverdienstkreuz und das Ehrenzeichen der „Landsmannschaft Ostpreußen“.

hma ■

Aus dem Inhalt:

kleine Übersicht über rechtsextreme Kandidaturen zum nächsten Europaparlament 8

„Nationalismus ist keine Alternative“

Antifa-Gruppen starten Kampagne gegen AfD und Rechtspopulismus

Linke und antifaschistische Initiativen rufen bundesweit dazu auf, den Europawahlkampf der AfD und anderer Rechtspopulisten zu stören. Mit der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ wollen sie deutlich machen, dass die nationalistische EU-Kritik von rechts keine Alternative zur autoritären Krisenpolitik von EU und Troika ist. Die Kampagne knüpft an die europaweiten Blockupy-Aktionstage Mitte Mai an und wird bereits von antifaschistischen Gruppen von Hamburg bis München und von Berlin bis Köln unterstützt.

Ziel der Kampagne ist es, den Zusammenhang zwischen der autoritären Wettbewerbspolitik der EU und dem Aufstieg nationalistischer Kräfte in ganz Europa aufzuzeigen und diesen praktisch etwas entgegen zu setzen. Rechtspopulisten preisen den Rückzug ins Nationale als Lösung für alle von der EU-Politik Enttäuschten an. Mit der AfD ist eine reaktionäre „EU-kritische“ Kraft dabei, sich in Deutschland zu etablieren. Dem wollen die verschiedenen Gruppen nicht tatenlos zusehen.

„Die nationalistischen, sexistischen, rassistischen Angebote von AfD und co. sind keine Alternative“, sagt Sarah Brechtel, Mitinitiatorin der Kampagne. Brechtel weiter: „Die AfD hat nichts anzubieten, als eine noch autoritärere Durchsetzung des Standortinteresses fürs Kapital. Das bedeutet Ausschluss und Abwertung aller, die nicht in die nationale Enge der AfD-Gartenzwergwelt passen. Mit den linken Protestbewegungen in ganz Europa stehen wir hingegen für wirkliche Alternativen zur schlechten Realität des europäischen Kapitalismus – ohne nationale Spaltungen und kapitalistischen Verwertungszwang.“ Der Höhepunkt der Kampagne ist für Mitte Mai geplant: Am 16. Mai sollen im Rahmen des dezentralen Blockupy-Aktionstages im ganzen Bundesgebiet die örtlichen Rechtspopulisten besucht werden. Am Samstag, den 17. Mai soll dann ein antifaschistisches und antirassistisches Zeichen bei der Blockupy-Deportation Airport-Aktion am Abschiebeflughafen in Düsseldorf, sowie bei den anderen zentralen Blockupy-Demonstrationen in Hamburg, Berlin und Stuttgart gesetzt werden.

Erste Aktionen gegen AfD und Rechtspopulismus sind bereits angelaufen, weitere angekündig:

Köln | 26. April | 13 Uhr : Den bundesweiten Wahlkampfauftakt der AfD mit Lucke und Henkel zu stören. antifa-ak.org

Frankfurt | 26. April | 11 Uhr: Antifaschistische und linke Initiativen rufen dazu auf einen AfD-Wahlkampfstand in der Leipziger Straße in Bockenheim zu stören. Infos: antifa.blockupy.org

Lüneburg | 30. April | 18:30 Uhr | Schnellberger Weg 21: „Es gibt keine Alternative zur solidarischen Gesellschaft – Der Allianz von CDU und AfD entgegentreten“, Kundgebung gegen den Besuch der Landratskandidatin der CDU bei der AfD. Infos: antifa-lg.de

Erlangen | 2. Mai | 18 Uhr | Vor dem Redoutensaal: Kundgebung: Bernd Lucke lädt ein – wir kommen! Infos: http://antifa.blockupy.org

Regensburg | 2. Mai | AfD-Vorsitzender Bernd Lucke komm in die RT-Halle. Der AfD in der RT-Halle keine Bühne für ihre Hetze bieten! 12:30 Uhr Infokundgebung am Ernst-Reuter-Platz | 15:30 Uhr Demonstration ab Ernst-Reuter-Platz | 16:00 Uhr Kundgebung am Schopperplatz/RT-Halle. Infos: http://antifa.blockupy.org / checkt SJD-Die Falken Regensburg

Weitere Informationen zur Antifa-Kampagne gibt es im Internet hier: antifa.blockupy.org

Weitere Informationen zu den Blockupy-Kampagne finden sich hier: mayofsolidarity.org

Suspendierung bestätigt

MÜNSTER/AACHEN. Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) hat Mitte April die Suspendierung des Polizeihauptkommissars Wolfgang Palm bestätigt. Palm ist stellvertretender Vorsitzender der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW“ (Pro NRW). Der Aachener Polizeipräsident hatte Palm des Dienstes enthoben. Der klagte vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf dagegen und bekam im Eilverfahren recht. Diese Entscheidung hob das OVG nun auf. Die vom NRW-Innenministerium verfassten Einschätzungen über „Pro NRW“ rechtfertigten eine Suspendierung des Polizeibeamten. Die Bekenntnisse der sog. „Bürgerbewegung“ zur Meinungsfreiheit, zur pluralistischen Demokratie und zum Wertekanon des Grundgesetzes seien rein taktischer Natur, urteilten die Verwaltungsrichter. „Pro NRW“-Chef Beisicht kündigte an, Palm auch zukünftig in dem Rechtsstreit unterstützen zu wollen und setzt letztinstanzlich nun auf das Hauptsacheverfahren.

hma ■

Erneut antifaschistische Demonstration in Bad Reichenhall

Bad Reichenhall (re). Das linke rabatz Bündnis kündigt für den Samstag, den 10.05.14 eine antifaschistische Demonstration in Bad Reichenhall an. Unter dem Motto „Landfriedensbruch – Kein Friede mit den Reichenhaller Zuständen“ will das Bündnis für die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Bad Reichenhalls auf die Straße gehen.

„Die Zustände in Bad Reichenhall sind weiterhin unerträglich. Es war offensichtlich ein Fehler kleine Zeichen, wie die Umbenennung der Reichenhaller Bundeswehrkaserne, als erste Schritte in Richtung einer demokratischen Aufarbeitung der Stadtgeschichte zu werten und 2013 auf eine antifaschistische Demonstration zu verzichten“, so beginnt der Aufruf des Rabatz Bündnis mit dem für den 10. Mai 2014 zu einer antifaschistische Demonstration nach Bad Reichenhall mobilisiert wird.

Die Antifaschist*innen behaupten, dass auch heute noch eine Mischung aus Geschichtsrevisionismus, Militarismus und Nationalismus prägend für den „rechten Dorffrieden“ in der Kurstadt sei.

In dem Aufruf wird unter anderem kritisiert, dass Neonazis weiterhin, ohne zivilgesellschaftlichen Protest, SS-Gedenkfeiern durchführen und das immernoch ein Reichsadler und ein nationalsozialistisches Landser-Gemälde das Bild der örtlichen Kaserne prägen. Die jährliche Kretafeier wird als „geschichtsrevisionistisch“ bezeichnet und weiterhin die Umbenennung der Kreta-Brücke gefordert. In diesem Jahr findet die Demonstration nicht zum Jahrestag des faschistischen Angriffskrieges auf Kreta statt, sondern zeitnah zu dem jährlichen SS-Gedenken in Bad Reichenhall. „Die Kriegsverbrechen der Reichenhaller Gebirgsjäger haben wir in den vergangenen Jahren ausführlich thematisiert, in diesem Jahr wollen wir den widerlichen und skandalöse Nichtumgang Reichenhalls mit dem jährlichen SS-Gedenken und der lokalen Neonaziszene in den Mittelpunkt unserer Proteste stehen. Die Kritik an der Gedenkpolitik und dem Militarismus wie er in Bad Reichenhall praktiziert wird bleiben aber für uns weiterhin wichtig“ so Anna Jade eine Sprecherin des Bündnisses. Das provokante Demomotto „Landfriedensbruch“ erklärt die Sprecherin wie folgt: „wir finden die politischen Zustände im Berchtesgadener LAND unerträglich. Dieser FRIEDEN mit allem erdenklichen Reaktionären bedarf unserer Meinung nach einer antifaschistischen Intervention. Fordern wir einen BRUCH mit der rechten Traditionspflege und dem Militarismus sowie ein aktives Vorgehen gegen Alt- und Neonazis. Deshalb ist unser Motto für 2014:

Landfriedensbruch – Kein Friede mit den Reichenhaller Zuständen“. Die Demonstration zu welcher über 100 Teilnehmer*innen erwartet werden beginnt am Samstag den, 10.05.14 um 13:30 Uhr an der ”Kretabrücke” und führt durch die Reichenhaller Innenstadt. Wer sich selbst ein Bild von den Argumenten der Antifaschist*innen machen will kann auf www.badreichenhall.tk den ganzen Aufruf zur Demonstration nachlesen.

infogruppe rosenheim für das rabatz-Bündnis
http://badreichenhall.tk/aufruf-2014

Schnipsel zur programmatischen Ausrichtung der AfD

„Leitlinien“

Zwar hat die AfD inzwischen ein Europawahl-Programm (s. AN 7/14), aber immer noch kein Partei-Programm. Dieses Manko soll durch „Politische Leitlinien“ ausgeglichen werden, die am 5. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Zuvor durften die Mitglieder über kontroverse Positionen abstimmen – 2700 von 17 000 machten mit.

Inhaltlich bietet es wenig Überraschendes; man ist gegen den Euro in seiner jetzigen Form, will die EU entbürokratisieren, aber nicht verlassen. Bedeutender ist die Bejahung der NATO-Mitgliedschaft, die mit 50,1 % der Stimmen denkbar knapp festgelegt wurde. Diese Abstimmung gibt Aufschluss über die innerparteilichen Kräfteverhältnisse.

Die GegnerInnen (37,8 %) kritisieren die NATO nicht aus humanistischen Motiven, sondern weil sie angeblich einer deutschen Souveränität im Wege stehe und Deutschland den USA unterwerfe. Übersetzt heißt das, dass die Kräfte, die sich in den gängigen Bahnen bürgerlicher Politik bewegen wollen, eine knappe Mehrheit haben, dass aber der Rechtsaußen-Flügel mehr als ein Drittel der Mitglieder ausmacht.

Hier kursorisch weitere richtungweisende Aussagen der Leitlinien:

Wirtschaftspolitik
Die AfD ist für eine EU, „die auf … Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt“ (78,7 %). „Der Mittelstand ist eine tragende Säule unserer sozialen Marktwirtschaft, für deren Stärkung wir uns einsetzen.“ (81,4 %) „Wir werden die Einführung des Kirchhof´schen Steuermodells intensiv prüfen.“ (59,5 %)

Familie, Geschlechterrollen
„Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen an.“ (54,0 %) „Die Ehe zwischen Mann und Frau ist familienpolitisch wünschenswert.“ (52,4 %) Eine Reduzierung von Abtreibungen wurde indes mit 44,7 % zu 42,8 % abgelehnt.

Kultur, Bildung
Die AfD vertritt die „Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises“ (78,7 %). „Ausgehend von der Elternverantwortung für den Werdegang ihrer Kinder, treten wir für ein differenziertes, durchlässiges Schulsystem ein, das unter Anerkennung des Leistungsgedankens allen Begabungen gerecht wird.“ (63,0%)

Migration
Die AfD bejaht die Einwanderung „integrationswilliger und integrationsfähiger Einwanderer“ (63,1 %).

F ■

Der Druck für diplomatische Lösungen wächst

Osteraktionen der Friedensbewegung zeigen Wirkung

Pressemitteilung des zentralen Ostermarschbüros in Frankfurt a.M.

Zehntausende Menschen beteiligten sich während der Ostertage in über 80 Städten an den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung. Die örtlichen und regionalen Friedensinitiativen zeigten sich mit der Beteiligung und der öffentlichen Resonanz zufrieden.

Die Ostermärsche in ihrer bunten Vielfalt und Lebendigkeit widerspiegeln ein bleibendes Interesse friedensbewegter Menschen, sich in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen einzumischen. Wie in den vergangenen Jahren trat die Friedensbewegung in allen Regionen mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktionen stand ein entschiedenes „Nein" zur militärischen Eskalation um und in der Ukraine. Das Land ist von Frieden weit entfernt. In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa" Berücksichtigung finden. Mit der Osterweiterung der EU und Ausdehnung der NATO bis nahe an die Grenzen Russlands sieht sich Moskau zu recht politisch und militärisch in die Enge getrieben. Die Ukraine darf nicht zum Bollwerk gegen Russland ausgebaut werden, sondern sollte eine Vermittlerposition in der Region einnehmen. Sanktionen des Westens gegen Russland sind das falsche Signal und müssen aufgehoben werden. Die Eskalation in der Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen, wie notwendig ein umfassender Abrüstungsprozess in Europa ist.

Militärische Aggressionen reichen von Jugoslawien über Afghanistan, dem Irak, über Libyen, Syrien bis nach Afrika. Sie verweisen auf das Scheitern militärischer Machtmittel bei der Lösung politischer und sozialer Probleme.

Die Friedensbewegung verweigert sich dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen. Sie hält fest an ihrer Vision von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Völkerverständigung und einem Deutschland, von dessen Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht. Das Völkerrecht muss von allen anerkannt werden.

Das Eintreten für ein friedliches und ziviles Europa verbanden die Ostermarschierer mit der Ablehnung einer militärischen Aufrüstung. Ein friedliches und ziviles Europa braucht keine Abschottung und militärische Festung an den Grenzen, sondern eine Begrüßungskultur für alle Flüchtlinge, die durch Krieg und Militarisierung, durch Hunger und Elend aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Heftig kritisiert wurde die Bespitzelung durch Geheimdienste wie NSA und Verfassungsschutz. Es wurde der Friedensnobelpreis für Edward Snowden gefordert.

Deutschland muss dem Whistleblower eine sichere Zuflucht geben – und Hinweisgeber wie ihn gesetzlich schützen.

Vorrangig wird bei den Ostermärschen der sofortige Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen verlangt. Statt militärischer Drohgebärden und Waffenlieferungen sollen Friedensinitiativen für die Krisenregionen entwickelt werden. Anstelle der Waffenexporte soll Rüstungskonversion stehen. Und entsprechende deutsche Initiativen sollen zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen, Uranmunition und Landminen führen. Die Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr, um die neue Kriegsführung ferngesteuert weltweit weiter voranzutreiben, wurde bei den Ostermarschaktionen verurteilt. Eine klare Absage wird der militaristischen Werbung der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen erteilt.

„Wir wollen eine friedliche Welt", so Willi van Ooyen, Sprecher der bundesweiten Infostelle Ostermarsch 2014, „wir wollen soziale Gerechtigkeit, zivile Prävention statt Präventivkriege und wir wollen ein entmilitarisiertes, demokratisches und soziales Europa. Dafür wird die Friedensbewegung weiter auf die Straße gehen.".

Frankfurt am Main, 21. April 2014 ■

Der NSU-Krimi: Die nächste Leiche

Corelli, der V-Mann des Verfassungsschutzes und Mitglied des Clu Clux Clan, sowie der faschistischen Terrororganisation NSU ist nun die zweite Leiche unter den Zeugen im NSU -Prozess.

Damit sind die drei Zeugen der NSU – Prozesse, die auch auf den Gehaltslisten des VS standen, mittlerweile tot oder für das Gericht nicht auffindbar….

(http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/v-mann-corelli-tot-in-wohnung-gefunden-a-964945.html)

(http://blog.zeit.de/nsu-prozess-blog/2014/04/15/medienlog-corelli-nsu/)

Dazu Petra Pau:

'R. wäre "im NSU-Prozess ein zentraler Zeuge gewesen für die Frage, welche Kenntnis der Verfassungsschutz von der Existenz rechtsterroristischer Strukturen in Deutschland hatte".

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist hingegen der Ansicht, der V-Mann habe mit dem NSU nichts zu tun gehabt'.

Es ist einfach neben den NSU-Morden eine zweite Tragödie, dass in dieser Demokratie Gerichte und Ermittlungsbehörden gegen den Verfassungsschutz kämpfen müssen, um auch nur die kleinsten Informationen von dieser staatlichen Behörde zu erhalten.

Diese Behörde sollte so schnell, wie möglich, per Grundgesetz zu einer Aussageverpflichtung gegenüber Parlament und Gerichten gezwungen werden oder schnellstens abgeschafft werden.

Gedenken in Buchenwald

Am Sonntag, den 13.4. fand anlässlich des 69. Jahrestages der Befreiung die Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) auf dem ehemaligen Appellplatz statt. Wir dokumentieren Auszüge aus den Reden.

Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD)

Liebe anwesende Kameraden und ich denke auch an die Kameraden, die von uns gegangen sind, liebe Angehörige, liebe Freunde, meine Damen und Herren,

Vor genau 69 Jahren, als Einheiten der 3. amerikanischen Befreiungs-Armee am 11. April 1945 das Lager umstellt hatten, lösten die bewaffneten Kräfte des illegalen Widerstandes im Lager auf Anweisung des illegalen Internationalen Lagerkomitees den Aufstand aus und setzte das SS-Wachpersonal außer Gefecht. An jenem Tag wie an den folgenden Tagen führte diese Einheit ihre militärische Aktion auch außerhalb des Lagers fort. Wir wollen heute diesen Widerstandswillen der Häftlinge ehren und zwar nicht nur der Häftlinge, die bewaffnet die Henker verjagten, sondern auch jener, die sich bemühten, ihre Kameraden vor den Gräueltaten der Nazis zu schützen und ihnen dabei halfen, ihre Würde als Menschen zu bewahren.

… Ich möchte erwähnen, dass ich selbst als kleiner Junge im April 1945, obwohl ich physisch und psychisch durch einen anstrengenden Todesmarsch aus dem Kommando Niederorschel schrecklich erschöpft war, dank der Hilfe meiner älteren Kameraden und vor allem dank des Kapo Otto Herrmann, eines deutschen Antifaschisten, der zum illegalen Lagerwiderstand gehörte, in der Nacht vom 10. zum 11. April 1945 noch am Leben war, als ich in Buchenwald ankam.

… Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos ist ein wesentlicher Baustein für den Erhalt und die Verbreitung dieses Gedenkens. Im Bewusstsein, dass diese Arbeit nicht mit den letzten Zeugen enden darf, haben die Überlebenden die Verantwortung für die Arbeit des Internationalen Komitees den nachfolgenden Generationen übertragen. Auf diese Weise möchte das Internationale Komitee absichern, dass die von den Häftlingen im Buchenwald- Schwur vom 19. April 1945 festgeschriebene Botschaft von den nachfolgenden Generationen weitergetragen wird.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Minister Matschie (Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur), die Arbeit des Internationalen Komitees in seiner modernisierten und verjüngten Form tatkräftig zu unterstützen. Auf diese Weise kann das Internationale Komitee auch weiterhin das Andenken an die Gegner von Faschismus und Nazismus bewahren und seinen Beitrag zum Erhalt von Demokratie und Freiheit in Europa leisten.

Elling Kvamme, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald

Meine lieben Kameraden und Zuhörer, Ich engagierte mich wie die meisten norwegischen Studenten während des Krieges im Widerstand, der von der deutschen Besatzungsmacht als illegal bezeichnet wurde. Obwohl die deutsche Besatzung von dem Widerstand wusste, hatte sie keine Informationen darüber, um welche Studenten es sich handelte oder womit der einzelne Student befasst war. Dies missfiel vor allem dem Reichskommissar für das vom Deutschen Reich besetzte Norwegen, Josef Terboven. Deshalb wurden am 30. November 1943 die Universität, die Lesesäle, die Universitätskrankenhäuser und die Studentenunterkünfte in Oslo von deutschen Soldaten umringt und ca. 1.200 männliche norwegische Studenten verhaftet. 600 norwegische Studenten wurden nach Deutschland deportiert. Die Hälfte von ihnen kam in das SS-Ausbildungslager St. Andreas in Sennheim. Hier mussten sie ihre Kleider gegen SS-Uniformen tauschen. Sie waren darüber sehr empört und versuchten die SS-Offiziere davon zu überzeugen, dass sie Gefangene waren und diese Behandlung dem Völkerrecht wiederspreche. Das half allerdings nichts, und daher beschlossen sie, die militärischen Distinktionen zu entfernen und die Mitte des Koppels mit Pflastern zu überkleben. Das war unerhört. Der SS-Kommandant versuchte es mit verschiedenen Disziplinarstrafen und drohte auch damit, einige Studenten zu erschießen. Dies wagte er nicht. Der Streit dauerte ungefähr ein halbes Jahr. Und die SS-Offiziere versuchten auch durch regelmäßigen Unterricht die Studenten in die nationalsozialistische Weltanschauung umzuschulen. Die SS-Offiziere glaubten, dass die norwegischen Studenten als „echte Germanen“ leicht zu überzeugen seien. Dem war allerdings nicht so. Keiner von ihnen wurde überzeugt.

Die übrigen der aus Norwegen deportierten Studenten kamen nach Buchenwald. Ich war in dieser Gruppe. Einigen Medizinstudenten, zu denen auch ich gehörte, wurde in Buchenwald der Zugang zum Block der Pathologie erlaubt. Hier sollten wir Unterricht bekommen. Die SS-Offiziere hatten wahrscheinlich keine Ahnung über den Inhalt dieses Unterrichts. Unsere Lehrer waren Dr. Hamburger, ein niederländischer Spezialist der Inneren Medizin, Professor Richet aus Frankreich und Petr Zenkl, früher Oberbürgermeister von Prag.

Unsere Lehrer waren Mitglieder einer Widerstandsgruppe, die über einen Radioempfänger verfügte. Dies war natürlich sehr gefährlich und durfte nicht entdeckt werden. Meine Kameraden und ich wurden noch am Tag der Invasion in der Normandie von unseren Lehrern darüber unterrichtet. Wir mussten versprechen, niemandem davon zu erzählen.

Am 25. Oktober 1944 wurde ich mit meiner Gruppe nach St. Andreas verlegt. Nach dem Durchbruch der Alliierten an der Schweizer Grenze wurden wir für den 21. November zum Abmarsch nach Burkheim kommandiert.

Ich war in einer Gruppe, die eine Fährstelle bei Jechtingen bemannen sollte. Die Brücken über den Rhein waren zerstört, sodass die Fähre die einzige Möglichkeit war, den Rhein zu überqueren. Die SS-Offiziere gaben vor, es handele sich um eine humanitäre Aktion. In Wahrheit ging es um Nachschub für die Frontlinien im besetzten Frankreich. Die Soldaten glaubten, dass es sich bei uns ebenfalls um Soldaten handelte.

In unserem Schlafsaal war die Frage, wie wir uns verhalten sollten, nächtelang Gegenstand von Diskussionen. Die Meinungen gingen auseinander. Einerseits war die Arbeit wegen der Bombenangriffe mit großen Gefahren verbunden, anderseits waren die SS-Offiziere in einer aussichtslosen Lage und es schien unmöglich zu streiken, ohne dadurch die Aufmerksamkeit der Zivilbevölkerung der Stadt auf sich zu ziehen. In der Nacht auf Freitag, den 1. Dezember, entschloss sich die Mehrzahl von uns nach vorheriger Abstimmung für einen Streik. SS-Obersturmführer Wilde setzten wir schriftlich darüber in Kenntnis, dass wir eine öffentliche Demonstration vermeiden wollten, weil sie gegen die Haager Landkriegsordnung verstießen, wir jedoch dazu bereit seien, zivile Aufgaben wahrzunehmen.

Der Appell auf dem Rathausplatz am folgenden Tag wurde von Wilde durch eine Rede eingeleitet, in der er erklärte, er könne uns einfach erschießen. Daraufhin wurden die einzelnen Arbeitsgruppen aufgerufen. Wir folgten diesem Anruf nicht. Einige Offiziere brüllten: „Schießen Sie Obersturmführer, schießen Sie"! Daraufhin erging der Befehl „Auf die Stuben weg, marsch, marsch"! Im Laufe des Tages bekamen wir zu hören, dass Wilde nach Freiburg gefahren war, um die Erlaubnis einzuholen, uns zu bestrafen. Noch am gleichen Tage wurde die Fährstelle bombardiert und die Fähre versenkt. Wilde wandte sich an Himmler, der beschloss, uns nochmals in Buchenwald zu internieren.

Ed Carter-Edwards, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald

Liebe Kameraden! Die Existenz des konspirativen Widerstands in Buchenwald wurde hoch geheim gehalten und durfte nur von wenigen eingeweihten Häftlingen, von denen einige Verwaltungspositionen im Lager hatten, geteilt werden. Diese stillen Helden sind die höchsten Risiken eingegangen, um zahlreiche Leben zu retten und sie vor grauenvoller Folter zu beschützen. Unter den riskantesten und dramatischsten Aktionen, die der Widerstand unternahm, war die Rettung der 168 alliierten Piloten, die es dem Mut dieser höchst zuverlässigen Häftlinge verdanken, aus dem KZ Buchenwald herausgekommen zu sein.

Eine Nachricht wurde aus dem Lager geschmuggelt und dem örtlichen deutschen Luftwaffenstab zur Kenntnis gegeben, dass sich 168 Piloten in Lager Buchenwald befinden, die bald erhängt werden sollten. Der Generalstab setzte das Notwendige in Gang, um die Flieger aus Buchenwald herauszubringen. Dies geschah am 25. Oktober 1944, als 157 von ihnen unter deutscher Eskorte des Luftstabs zum Stalag Luft III, einem Lager für Kriegsgefangene, überführt wurden.

Wenige Tage später erging aus Berlin der Befehl, dass alle Flieger hingerichtet werden sollten… Die elf restlichen Flieger, die im Revier bleiben mussten, weil sie zu schwach oder krank waren, um überführt zu werden, kamen am 28. November 1944 in das gleiche Stalag der deutschen Luftwaffe.

Die Reise der alliierten Flieger von der Haftstätte Fresnes, unweit von Paris, bis nach Buchenwald geschah mit dem letzten Transport von Frankreich aus am 15. August 1944, und bleibt immer noch für jeden von uns ein Trauma. Wir mussten aus dem brennenden Flugzeug springen, den Fallschirm öffnen. Am Boden wurden wir von Mitgliedern der französischen Résistance übernommen und erhofften die Freiheit am Ende dieser Hölle. Leider kam es anders. Es befand sich ein Verräter in dem Widerstandsnetz, ein belgischer Collaborateur, und so führte uns der Weg in den Kerker der Gestapo in Paris, wo wir fürchterlich geschlagen wurden, danach fünf Wochen lang in dem berüchtigten Gefängnis von Fresnes eingesperrt blieben, um dann nach Buchenwald verschleppt zu werden. Zu 80. in einem französischen Viehwagon eingepfercht, fuhren wir fünf Tage und fünf Nächte lang, unter unmenschlichen Bedingungen ins Unbekannte, bis wir in Buchenwald eintrafen. Dort entdeckten wir einen riesigen Schornstein und tausend spindeldürre Figuren. Ein unglaubliches aber wahres Bild.

Wenn ich heute am Leben bin und mit euch diese Erinnerungen teilen darf, so verdanke ich das dem Widerstand. Wenn der Widerstand nicht gewesen wäre, wäre ich zu Asche geworden und nur als leichter Hauch aus dem Krematorium gekommen. Die 167 Flieger und ich verdanken dem Widerstand ihr Leben und wir werden diesen Männern des konspirativen Widerstands und den Risiken, die sie eingegangen sind, ewig dankbar bleiben, weil sie es ermöglicht haben, dass wir einem sicheren Tod entkommen sind.

Floréal Barrier, Vorsitzender des Häftlingsbeirats KZ Buchenwald an der Stiftung Gedenkstätten Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora „Der Widerstand im Lager Buchenwald".

1940 – Ich bin 18 Jahre alt und kräftig, Arbeiter in einer Druckerei und bin in der Gewerkschaft und Verbänden aktiv und übe Solidarität. Flüchtlingsfamilien, die vom Faschismus in Italien, vom Nationalsozialismus in Deutschland und von feindlichen Bomben in Spanien aus dem eigenen Land verjagt werden, kommen nach Frankreich. Eine Organisation, die „Internationale Rote Hilfe", ist zu der Zeit in Frankreich sehr aktiv und hilft den zahlreichen Flüchtlingen aus Europa. Als Pionier der Roten Hilfe nehmen wir an politischen Veranstaltungen teil wie z.B. an den „sprechenden Chören", bei denen wir die Politik der autoritären Regime anprangern und zur Hilfe für die Opfer aufrufen.

Ich erinnere mich… Einer dieser Texte forderte die Befreiung von Ernst Thälmann, dem Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, der seit 1933 in Haft war. Einige Jahre später bin ich in Block 40, Flügel A und erfahre eines nachts dass Ernst Thälmann gerade von der SS ermordet wurde. Hier in Buchenwald, nur ein paar Schritte weiter weg…

Zurück zum Juni 1940:

Die Horden Hitlers überfallen meine Heimat Frankreich, von nun an herrschen Verbote, die Dunkelheit breitet sich aus. Für mich beginnt der Kampf gegen die deutschen Besatzer und die französischen Kollaborateure.

März 1941 – Die französische Polizei, Komplize der deutschen Besatzer, fängt an, sich um mich „zu kümmern". Es ist Zeit, in den Untergrund abzutauchen.

März 1943 – Ich werde von der Besatzungspolizei verhaftet und dann deportiert. Wieviele aus dem von Hitler besetzten Europa erleiden das gleiche Schicksal?

17. September 1943 – Der Appell in Compiègne… der Zug… wir werden nun deportiert… Selbst zwischen den harten Holzbohlen, in die wir uns eine Lücke zur Freiheit zu bohren versuchen, bleiben wir Kämpfer gegen den Nazismus und seine Ideologie. Leider gelingt uns die Flucht nicht und wir werden gezwungen, uns nackt auszuziehen, erhalten weder etwas zu essen noch – und das war schlimmer – etwas zu trinken.

18. September, am Abend – die Türen öffnen sich, die Peitschen der SS treiben uns aus dem Waggon und dem Güter-

bahnhof. Wir lesen: WEIMAR. Von schwer bewaffneten, schreienden SS-Leuten bewacht, laufen wir eine steile Strasse hinauf, durch einen Wald, der uns schön vorkommt. Aber wohin… ?

Die Scheinwerfer lassen uns im Dunkel die Baracken des Lagers erahnen, den hohen Schornstein. Ein Kamerad sagt: „Das muss die Küche sein".

Ein deutscher Häftling, der uns durch die Dunkelheit führt und etwas französisch spricht, erwidert schlicht: „Das ist keine Küche. Das ist das Krematorium!" Ein Krematorium? Und wie nun weiter?

Wir werden geschoren, am Ende bekommen wir unsere neuen Namen: Meiner ist „21802". Wir werden von einem Lagerschutz zu Bock 63 im Kleinen Lager geführt, dem Quarantäneblock. Ich denke die ganze Zeit: „Du musst durchhalten, wenn du überleben willst."

Zwei Wochen später haben wir unsere „Lehrzeit" beendet. Wir wissen nun, dass wir um unser Leben kämpfen müssen. Eines Abends ruft der Blockälteste einige von uns zusammen und sagt: „Morgen geht ihr in Block 40." Dort sind Häftlinge verschiedener Nationen und viele deutsche Häftlinge, die ersten Gegner des Nazismus. Sie werden uns zeigen, woraus unser neues Leben bestehen muss: Aus einer unendlichen Solidarität.

Ich erinnere mich noch an einen Moment in den ersten Tagen in Block 40: Wir waren zu Zehnt an unserem Esstisch, zwei Deutsche, drei Franzosen, ein Österreicher, ein Russe, ein Jugoslawe, zwei Tschechen. Erschöpft kommen wir von der Arbeit aus dem Kommando zurück. Und was sehen wir? Auf dem Tisch liegen 10 dünne Scheiben von einem Kuchen und 10 Äpfel! Unser Ältester und Tischverantwortlicher, August, der seit vielen Jahren in Haft war, gibt uns zu verstehen, dass jeder sich seinen Teil davon nehmen solle. Was sollen wir aus so einer Geste lernen? Dass wir, wenn einmal ein Paket für uns von zuhause kommt, den Inhalt teilen müssen.

Wir haben diese Solidarität, diese freundschaftlichen Gesten und gegenseitige Hilfe kennen gelernt und geteilt. Und wir haben alles, was irgendwie zu sabotieren war, gemeinsam mit unseren deutschen Kameraden sabotiert.

Wir hatten keine Möglichkeit, Informationen von außen zu bekommen, keinen Zugang zur Außenwelt – woher kommen dann aber täglich die Nachrichten vom Kriegsverlauf? Viel später traf ich einen Kameraden, der mit mir in Block 40 war und der mir den Schlüssel zur Lösung des Rätsels gab: Als Häftling reparierte er im Funkerkommando die Radiogeräte der Lager-SS und war derjenige, der die wertvollen Informationen sammelte. So übermitteln die führenden Mitglieder des deutschen illegalen Widerstandskomitees die erhaltenen Informationen an die anderen nationalen Komitees.

Das Solidaritätskomitee jeder Nation bereitet sich militärisch unter höchster Geheimhaltung auf den Tag der ersehnten Freiheit und der Rückkehr vor.

Bevor dies aber geschieht, erleben zehntausende von Häftlingen ein weiteres Martyrium: Die Evakuierung der Ostlager und die Todesmärsche. Wieviele tausend von uns wurden von bewaffneten SS-Männern bei jedem Zeichen von Schwäche einfach erschossen und starben am Straßenrand? Unter diesen fürchterlichen Umständen kommen etwa 1.000 Kinder in Buchenwald an.

Sie müssen gerettet werden! 903 von ihnen werde einige Tage nach der Befreiung das Lager Buchenwald lebend verlassen. Das hat der Widerstand im Lager, insbesondere unserer deutschen Kameraden, möglich gemacht.

Obwohl er heiß ersehnt und erwartet wurde, ist der 11. April 1945 kein Jubeltag. Aber die Französische Befreiungsbrigade und alle nationalen Gruppen sind nun bereit, den ca. 20.000 im Lager gebliebenen Häftlingen die Freiheit zu geben und begrüßen etwas später die alliierten Truppen.

Die Widerstandsorganisationen beschließen gemeinsam, der Welt die Gräuel der nationalsozialistischen Ideologie zu zeigen und ihre Hoffnung in Bezug auf den Aufbau einer neuen Welt der Zukunft zu erklären.

Am 19. April leisten wir den „Schwur von Buchenwald". Wir haben ihm unser Leben gewidmet und halten uns weiterhin daran.

Heute aber ist die Welt erschreckend! Und der Mensch hat Angst um sich selbst, um seine Zukunft.

Im nächsten Jahr, 2015, werden es genau 70 Jahre sein, dass wir die Freiheit erlebt haben. Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora hat zusammen mit dem Kuratorium und dem Häftlingsbeirat und mit Unterstützung der Bundes-und der Landesregierung die Neukonzeption und Eröffnung eines neuen Museums beschlossen. Es wird die Geschichte erklären, die Gräuel der nazistischen Ideologie und seiner Henker. Und es soll ebenfalls jeden Einzelnen zum Nachdenken über seine eigene Zukunft anregen.

Die nazistische Ideologie ist noch lange nicht tot. In zu vielen Ländern wird sie unter dem trügerischen Schleier der politischen Respektabilität getarnt. Aber sie ist eine Gefahr für die Zukunft, für das Leben!

„Unsere Sache ist gerecht – der Sieg muß unser sein!" schworen wir und beendeten den Schwur mit den Worten: „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel".

Machen Sie sich heute und morgen diese Worte zu eigen!

Seien Sie ihre Zeugen und Verteidiger!

Erklären Sie den jüngeren Generationen den Wert der Worte „Frieden" und „Freiheit".

Setzen Sie sich dafür ein, dass das LEBEN für immer zu einer Zukunft des Friedens, der Schönheit, der Güte und Solidarität führt, mit einem Wort für ein Leben, das ganz einfach zum LEBEN führt! ■

Fotos: Gedenkstätte Buchenwald

„Dora – KZ des ‚Totalen Krieges'"

Ein Film von Loretta Walz Dora – KZ des „Totalen Krieges" erzählt die Geschichte des letzten im „Dritten Reich" gegründeten Konzentrationslagers. Seine Insassen mussten mörderische Zwangsarbeit auf Baustellen und beim Bau der"Vergeltungswaffe" V2 leisten, von der sich die Nationalsozialisten eine Wende im bereits verlorenen Krieg versprachen.
Historische Filmaufnahmen und Interviews mit Überlebenden aus vielen Ländern Europas vermitteln eine Vorstellung davon, was es bedeutete, Häftling im KZ Mittelbau-Dora zu sein und Zwangsarbeit für den von den Nationalsozialisten propagierten „Endsieg" zu leisten. Ein Drittel der mehr als 60000 Häftlinge überlebte das nicht.
Hersteller: Loretta Walz Videoproduktion Düsseldorf im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
DVD, ca. 42 Minuten, Preis: 8,90 € (inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten)

Besucher der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora können sich den neuen Film im Kinosaal des Museumsgebäudes in deutscher oder englischer Sprache anschauen. Außerdem ist der Film auf DVD in deutscher und englischer Version bei der Besucherinformation der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora erhältlich sowie über den Online-Shop.

Köln-Bickendorf ist frei von Hasspropaganda durch „pro Köln"

Erfolgreicher Sonntagsspaziergang im Veedel

„Bürgermut stoppt Asylantenflut", „Angstraum Stadt – wir haben´s satt" und „Wut im Bauch – lass es raus". Dies sind die Texte der Wahlkampfplakate von „pro Köln", zusätzlich versehen mit einer durchgestrichenen Moschee, die auch den Straßenraum in Bickendorf verschandelten. Zumindestens bis diesen Sonntag um 12.00 Uhr.

Zu diesem Zeitpunkt trafen sich 20 – 30 Bickendorfer Bürger vor dem Hallenbad. Mit dabei 1 Teleskopbaumschneider, 1 Leiter und 1 Auto. Dazu noch Fahrräder und jede Menge gute Laune. Alle Altersgruppen waren vertreten, vom Kind bis zu älteren Mitbürgern, Frauen und Männer. Zusammengeführt hatte sie 1 Infomail, die fleißig weiterverbreitet wurde sowie Aushänge in den Geschäften des Stadtteils.

Aber vor allem ihre Wut und Besorgnis führte sie zusammen, dass solche fremdenfeindlichen Äußerungen und Aufrufe zur Gewalt bei uns wieder möglich sind.

Köln ist bunt & tolerant – und das soll auch so bleiben!

Dies war die Haltung an diesem Sonntagmittag – und dafür wollten sie etwas tun.

Begleitet von Teilen der Kölner Presse und von einem Hupkonzert offensichtlich begeisterter Autofahren wurden die ersten Plakate einfach abgeknipst und sorgfältig im Auto verstaut. Schließlich sollte keine Sachbeschädigung begangen werden, sondern diese Plakate anschließend auf der Ehrenfelder Polizeiwache abgegeben werden, um zu erreichen, dass die Staatsanwaltschaft Köln hier nun endlich einschreitet und Ermittlungen wg. fremdenfeindlicher Äußerungen und Aufforderung zur Gewalt einleitet.

Je weiter die Gruppe in Richtung Rochusplatz (dem Zentrum des Stadtteils) kam, umso mehr Fenster öffneten sich, umso mehr Leute klatschten Beifall, begrüßten diese Aktion. Demokratie war plötzlich sichtbar geworden, lebt diese doch auch entscheidend vom Mittun, vom Engagement. Ganz offensichtlich hat diese Haltung positiv überrascht, ganz offensichtlich waren diese fremdenfeindliche, menschenverachtenden Plakate vielen ein Dorn im Auge.

Als das letzte Plakat abgehängt worden war, löste sich auch das Transportproblem in Richtung Ehrenfelder Wache. Die Polizei traf ein, nahm die Personalien auf, lud die Plakate in ihren Dienstwagen ein und trollte sich. Die Beamten verhielten sich sehr freundlich und korrekt, allerdings gab es auch keinen Anlass von der Seite der Bürgerinnen und Bürger aus, ein anderes Verhalten zu zeigen. Diese haben die Aktion ja bewusst zu dieser Tageszeit und in aller Öffentlichkeit durchgeführt. Den Beamten blieb es nur ein Rätsel, dass es ohne einen „Veranstalter", einem „Rädelsführer" gelungen war, so viele Menschen zu dieser Aktion zu bewegen.

Spannend bleibt nun die Frage, wie sich die Kölner Staatsanwaltschaft verhält. Ermittelt sie wg. Sachbeschädigung gegen die Bürgerinnen und Bürger oder wg. fremdenfeindlicher Hetze und Aufforderung zur Gewalt gegen „pro Köln"?

Der Teleskopbaumabschneider spielte übrigens ab dem Zeitpunkt der Aufnahme der Personalien durch die Polizei keine Rolle mehr. Er war schon an einen Bürger aus einem anderen Kölner Stadtteil ausgeliehen worden, in dessen Veedel sich diese Aktion wiederholen soll. Geht doch!

U.K. 26.04.20114 ■

„NO PASARAN!"

Erfolgreiche internationale Antifa-Konferenz in Athen

Von Elin Gauffin und Sebastian Förster

Insgesamt 4000 TeilnehmerInnen wurden bei Podiumsdiskussionen, Workshops und einem antifaschistischen Konzert gezählt. Bereits über 400 AktivistInnen nahmen an einer Abendveranstaltung am Freitag zu europaweitem Widerstand teil, wo sich über die unterschiedlichen Erfahrungen im Kampf gegen Neonazis und die kapitalistische Krise ausgetauscht wurde.

Zeitgleich fand in Berlin ein Kongress unter dem Titel „Antifaschismus in der Krise?" statt, der über Videokonferenz mit dem Treffen in Athen verbunden wurde.

Dem Aufruf der Athener Antifa-Koordination folgten Nazi-Gegner aus 20 verschiedenen Ländern von 32 verschiedenen Organisationen, aus Athen und Piräus kamen 30 verschiedene Gruppen.

Die unterschiedlichen Diskussionskreise spiegelten die große Ernsthaftigkeit der anwesenden AktivistInnen wider und fanden auf einem hohen Niveau statt.

Beeindruckend waren die Berichte der griechischen GenossInnen, die von ihrem langjährigen Widerstand gegen Rassismus, die faschistische Gefahr durch den Aufstieg der Goldenen Morgenröte und die Austeritätspolitik der Troika berichteten. Der Ansatz, dies mit dem Kampf gegen den krisenhaften Kapitalismus selber zu verbinden, war in allen Debatten sehr präsent.

Als sehr wichtig wurden auch die Beiträge von AktivistInnen aus Ländern wie Frankreich, Ungarn und der Ukraine gesehen, wo der Kampf gegen rechte und faschistische Kräfte besonders aktuelle Bedeutung hat.

Neben einem Erfahrungsaustausch stand aber auch die praktische Solidarität im Vordergrund – war das Ziel der Athener Antifas doch, eine stärkere europaweite Kooperation gegen Neonazis aufzubauen.

Die wichtigsten Ergebnisse für eine stärkere internationale Koordination antifaschistischer Kräfte in Europa waren vor allem ausgerichtet auf gemeinsame öffentliche Aktionen.

So wurde festgehalten, am Samstag, den 8. September einen europaweiten dezentralen Solidaritäts- und Aktionstag zu organisieren. Zudem sollen Aktionen zum Gedenken an die im letzten Jahr ermordeten Antifaschisten Pavlos Fyssas (18. September) und Clément Méric (5. Juni) stattfinden.

Über eine engere organisatorische Vernetzung und eine für die unterschiedlichen Gruppen zugängliche Website soll ein dauerhafter inhaltlicher Austausch gewährleistet werden. Ein übersetzter internationaler Appell der OrganisatorInnen soll in den kommenden Wochen folgen.

■

Europa von Rechts

Eine kleine Übersicht über rechtsextreme Kandidaturen zum nächsten Europaparlament. Von Bernard Schmid (Paris)

Aller Voraussicht nach werden die „nationalen Kameraden“ im nächsten Europaparlament nicht alle symbolträchtigen Gesten vorführen können, die sie „zu Hause“ in ihren Ländern eingeübt haben. Auch dann nicht, wenn ihre Präsenz während der nächsten Legislaturperiode des Parlaments in Strasbourg – das zwischen dem 22. und 25. Mai in den Mitgliedsstaaten gewählt wird – dort stärker ausfallen wird als jetzt, wie vielfach erwartet wird.

Am 13. Februar dieses Jahres zum Beispiel hängten zwei rechtsextreme Abgeordnete im ungarischen Parlament, Tamás Gaudi-Nagy von der Partei Jobbik und Balázs Lenhardt – parteilos und ehemaliges Jobbik-Mitglied – gemeinsam die beiden dort befindlichen EU-Fahnen ab und warfen sie zum Fenster hinaus. Gaudy-Nagy erklärte dazu, die Sternenflagge sei ein Symbol der „Kolonisierung Ungarns“. Wegkommen sollen auch die beiden EU-Fahnen, die bislang auf dem Balkon der südfranzösischen Stadt Fréjus und im Amtszimmer des dortigen Bürgermeisters hängen. Bevor der 26jährige Spitzenkandidat des Front National, David Rachline, infolge der französischen Kommunalwahlen von Ende März zum Bürgermeister gewählt wurde, hatte er erklärt, die EU-Symbole hätten von dort zu verschwinden: „Sie haben dort nichts verloren.“ Am 12. April d.J. erklärte er dann zunächst beruhigend in der Tageszeitung Le Parisien, er habe es nicht sehr eilig, da es „dringendere Angelegenheit zu erledigen“ gelte. Am 23. April 14 vermeldet nun die Zeitung 20 minutes, die Fahne auf dem Rathausbalkon sei inzwischen abgehängt.

Kritik an der EU von rechts

Auch andere vergleichbare Parteien und „Bewegungen“ teilen ihre Kritik an einem supranationalen Zusammenschluss, dem vor allem immer wieder vorgeworfen wird, dass ihn nicht Blutsbande noch „kulturelle Ideale“, sondern allein der Markt respektive „technokratische Regeln“ zusammenhielten.

Die „Freiheitliche Partei“ Österreichs FPÖ etwa bewirbt ihre Liste zur Europaparlamentswahl mit Parolen wie: „Österreich denkt um: Zu viel EU ist dumm!“ oder „Wir verstehen Eure Wut – Zu viel EU tut niemand gut!“ Hinzu kommen Evergreens bei der extremen Rechten, wie diese beiden Plakatwerbungen: „Zuerst wir und erst dann die EU“ oder, wenig fantasievoll variiert: „Österreich zuerst, dann die EU!“ Ihren Spitzenkandidaten zur Europaparlamentswahl, zunächst Andreas Mölzer, musste die österreichische Partei jedoch infolge zu explizit rassistischer Sprüche austauschen. Mölzer hatte u.a. einen äußerst populären Fußballspieler des Landes, David Balaba – im Augenblick beim FC Bayern München – öffentlich „pechschwarz“ genannt. Daraufhin hatten u.a. die „Schwedendemokraten“, die Bestandteil des am 15.11.2013 in Wien geschlossenen rechten Wahlbündnisses zur Europaparlamentswahl, mit dem Verlassen der Allianz gedroht. Neuer Spitzenkandidat der FPÖ bei der EP-Wahl ist nun Harald Vilimsky, Generalsekretär der Partei.

Die weniger bekannte, rechtsnationale ADR („Alternativ-demokratische Reformpartei“) in Luxembourg ihrerseits zieht mit der Parole in den Wahlkampf: „Weniger Europa, mehr Luxemburg!“ Und die „Partei der Freiheit“ (PVV) des Niederländers Geert Wilders wirbt nicht nur mit einem ähnlichen Wahlkampfslogan – „Minder EU“, also „Weniger Union“ – für sich. Am 6. Februar d.J. hatte die Partei eine von ihr bei der britischen Wirtschaftsberateragentur Capital Economics bestellte Studie präsentiert, die angeblich belegt, dass die Niederlande sich im Falle eines Austritts aus der Europäischen Union bereichern würden.

Erfahrung von Regierungsbeteiligung

Zwar tauchen solche Slogans nicht ausschließlich bei rechtsextremen Parteien auf. Sondern auch manche bürgerlichen Parteien bemühen Parolen im EU-Wahlkampf, die ihnen ähneln, und sei es aus rein wahlkampftaktischen Gründen. Die Partei Forza Italia etwa, die politische Hinterlassenschaft Silvio Berlusconis, tritt unter anderem mit dem Slogan an: „Mehr Italien in Europa – weniger Europa in Italien!“ Die 1994 entstandene Berlusconi-Partei ist sicherlich keine faschistische, sondern eine ursprünglich wie ein Privatunternehmen konzipierte bürgerliche Formation. Allerdings hat sie nachweislich auch keine Berührungsängste gegenüber Rechtsextremen, einschließlich Neo- oder Faschisten. Silvio Berlusconi regierte mehrfach zusammen mit Letzteren, aber auch der rassistischen Regionalpartei Lega Nord: von April bis Dezember 1994, von 2001 bis 2006 sowie von 2008 bis im vergangenen Jahr.

Durch die Erfahrung, an Regierungen oder zumindest an parlamentarischen Mehrheiten beteiligt zu sein, gingen mehrere rechtsextreme Wahlparteien Europas hindurch. In Dänemark unterstützte die DFP von Oktober 2001 bis zur Wahl vom 15. September 2011 eine konservativ-liberale Minderheitsregierung. Diese verlor dann die Wahl zugunsten der Sozialdemokratie, während die DFP vor drei Jahren leicht verlor, von zuvor rund vierzehn auf rund zwölf Prozent. In der Opposition konnte die Partei sich allerdings regenerieren: Von Februar bis April dieses Jahres lagen die Stimmabsichten für die DFP in Umfragen zwischen 19,4 und 25,3 Prozent. In den Niederlanden trat die PVV von Geert Wilders nach der Parlamentswahl vom Juni 2010 in eine Koalition mit Christdemokraten und Liberalen ein, ließ diese jedoch im Frühjahr 2012 platzen.

Derzeit nimmt in Norwegen – das in Europa liegt, aber nicht der EU angehört – die dortige „Fortschrittspartei“ FrP von Siv Jensen seit Oktober mit sieben Ministern an der Regierung teil. Wie in den vorgenannten Fällen machen sich die Auswirkungen ihrer Mitwirkung am Regierungsgeschäft vor allem bei der Einwanderungspolitik bemerkbar. Die Zahl der durchgeführten Abschiebungen schnellte in der Jahresbilanz 2013 um dreißig Prozent nach oben, von 3958 im Vorjahr auf nun 5198.

Thema Ausländerhetze

Im Europäischen Parlament ist nicht zu erwarten, dass die rechtsextremen Parteien an der Bildung einer Exekutive, also der künftigen EU-Kommission, teilnehmen werden. Dort werden sie sich eher darauf konzentrieren, sich in der Opposition gegen die EU-Institutionen zu profilieren. Neben der Agitation gegen die Einheitswährung Euro und unterschiedliche Aspekte der Krisenpolitik – nordeuropäische und, falls sie erwartungsgemäß ins Europaparlament einziehen, deutsche Rechtsparteien dürften eifrig gegen die „Griechenlandhilfe“ wettern – wird ansonsten die Hetze gegen Einwanderung im Mittelpunkt stehen.

Dieses Thema ist für alle rechten Wahlparteien identitätsstiftend. Am 10. April wollte die italienische Lega Nord etwa beweisen, wie unverantwortlich es angeblich sei, dass ein Gesetz der Rechtsregierung aus dem Jahr 2006 abgeschafft werden soll, das „illegale Einwanderung“ zum Straftatbestand erhob und mit mehrjährigen Haftstrafen bedrohte. Der italienische Senat hatte im Januar beschlossen, die Gefängnisdrohung solle aufgehoben werden, außer für „Rückfalltäter“. Jüngst nun wollten sieben Mitglieder der Lega Nord beweisen, wie einfach es nunmehr sei, mit dem Schlauchboot über das Mittelmeer zu fahren und ganz risikolos in Italien einzuwandern: Der EU drohe deswegen die „Überschwemmung“. Die sieben fuhren auf dem Wasserweg in Richtung Tunesien los. Auf der Höhe von

Erste symbolträchtige Maßnahmen in rechtsextrem regierten Rathäusern

Seit den französischen Rathauswahlen vom 23. und 30. März 2014 gibt es fünfzehn rechtsextrem regierte Städte und Gemeinden. Elf von ihnen werden nun vom Front National oder mit Unterstützung des Front National geführt: Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich, Hayange in Lothringen, Villers-Cotterêts in der Picardie, Mantes-la-Ville (fünfzig Kilometer westlich von Paris), Béziers in Südwestfrankreich, das Bezirksrathaus im „Siebten Sektor" von Marseille, in Le Pontet – einem Vorort von Avignon – und Beaucaire in Südfrankreich, und mehrere Städte im Südosten des Landes: Le Luc, Cogolin und Fréjus. Am stärksten besiedelt sind unter diesen Städten Béziers mit rund 71 000 und Fréjus mit gut 52 000 Einwohner/inne/n. Der „siebte Sektor" von Marseille umfasst zwei Nordbezirke der Mittelmeerstadt mit insgesamt 150 000 Einwohner/inne/n, ein Sektorenbürgermeister hat jedoch nur relativ geringe Vollmachten.

Vier weitere regiert nun die rechtsextreme Regionalpartei Ligue du Sud (Orange mit knapp 30 000 Einwohner/inne/n, Bollène mit rund 15 000 Einw., Piolenc und Camaret-sur-Aigues mit respektive 5000 und 4500 Einwohner/inne/n). Daneben gibt es noch einige kleinere Kommunen, in denen formell parteilose oder – übergreifende Listen in die Rathäuser gewählt wurden, wo jedoch die extreme Rechte offenkundig einen Fuß in der Tür hat; in Besmont (in der Nähe von Hirson), im Osten der Picardie, etwa regiert der vordergründig „parteilose" Bürgermeister Pierre-Marie Verdier. Der Rentner hat jedoch ein Parteibuch des ‚Parti de la France' (PdF) von Carl Lang in der Tasche, einer Anfang 2009 entstandenen Abspaltung vom Front National, dessen Gründern ihre frühere Partei nicht mehr extrem genug war. Gut, es mag sein: Bermont hat nur 155 Einwohner/innen. Nicht in allen Fällen solcher kleinen und sehr kleinen Kommunen ist die extreme Ausrichtung der jeweiligen (Dorf-)Bürgermeister öffentlich bekannt.

Erste Weichenstellungen

Zu Anfang hatten die FN-geführten Kommunalregierungen versprochen, eine relativ unauffällige Amtsführung zu betreiben oder jedenfalls „ihre" Rathäuser (nach den Worten von Parteichefin Marine Le Pen) nicht „als Laboratorium zu benutzen", um die Wirkungen ihre Ideologie zu erproben. Anders, als dies in den ersten FN-geführten Kommunen – Orange, Marignagne und Toulon ab 1995, Vitrolles ab 1997 – erklärte Praxis war. Gleichzeitig jedoch war und ist nicht zu erwarten, dass die Rechtsextremen dort gänzlich mit ihrer Ideologie hinterm Berg halten. Denn falls sich die frisch gewählten Bürgermeister von Anfang an nur auf „pragmatische Finanzverwaltung" verlegen sollten, drohte mindestens ein Teil der Wähler/innen enttäuscht zu sein. Ob er sich nun, wie ein Flügel der Wählerschaft des FN, dezidiert rassistische Entscheidungen erhoffte oder ab (wie ein anderer Flügel) eher „mit der Faust auf den Tisch hauen" wollte, weil das vermeintlich einen diffusen sozialen Protest ausdrückt: In beiden Fällen droht Frustration.

Am Freitag, den 4. April 2014 verkündete Marine Le Pen nun eine erste Weichenstellung mit hohem Symbolgehalt: In den Schulkantinen sollen an Tagen, an denen Schweinefleisch auf den Speisekarten steht, keine „Ersatzmahlzeiten" (die etwa von Kindern vor allem moslemischer El-

---

Malta gerieten sie allerdings in Seenot und zündeten ein pyrotechnisches Alarmsignal. Da sie es so geschickt anstellten, dass der Leuchtstern dabei auf ihr Boot fiel, kenterte dieses. Alle Beteiligten drohten zu ertrinken, konnten jedoch gerettet werden. So berichtete es jedenfalls die Tageszeitung The Malta independant; ihre Informationen wurden allerdings durch die italienische Partei dementiert und inzwischen durch die Zeitung aus dem Netz genommen.

Mehrere der Rechtsparteien dürften sich im nächsten Europaparlament zusammenschließen. Am 15. November 2013 hatten bereits sechs Parteien in Wien ein Wahlbündnis geschlossen: die FPÖ, der Front National, die Lega Nord sowie der Vlaams Belang aus Belgien, die „Schwedendemokraten" (SD) und die „Slowakische Nationalpartei" SNS. Zwei Tage zuvor hatten der französische FN und die Wilders-Partei PVV ihrerseits einen Pakt geschlossen, anlässlich eines Besuchs von Marine Le Pen in Den Haag.

Aber am 15. Februar 2014 erklärte Ludovic de Danne, Berater der Chefin des Front National für europäische Angelegenheiten, mit welchen Parteien man künftig im Europaparlament nicht zusammenarbeiten möchte. Das betrifft die ungarische Partei Jobbik. Diese ist einerseits, ähnlich wie die griechische „Goldene Morgenröte" – letztgenannte Partei ist in Europa hauptsächlich mit der deutschen NPD verbündet -, zu offen pro-nazistisch und zu ungeschminkt antisemitisch. Am 09. Februar dieses Jahres erst hatte Jobbik den „heldenhaften Verteidigern" von Budapest im Februar 1945, deutschen Nazisoldaten und Militärs des faschistischen Ungarn, öffentlich gedacht. Andererseits tritt Jobbik außenpolitisch durch eine Vorliebe für asiatische Nationalismen hervor. Ein alter Hut, seitdem ungarische Radikalnationalisten sich über den Vertrag von Trianon von 1919 empörten, den Westeuropäern deswegen eine „Mitschuld an der Zerstückelung Ungarns" vorwarfen und daraufhin den türkischen Kemalismus und den japanischen Militarismus verherrlichten. Heute schwärmen Jobbik-Politiker von der türkischen AKP oder mitunter vom iranischen Regime. Beim französischen FN kommt dies schlecht an, wie bei vielen „abendländisch" orientierten Rechtsparteien in Westeuropa.

Zum Zweiten will Marine Le Pen auch von der rassistischen und geschichtsrevisionstischen britischen BNP nichts mehr wissen. Dafür ursächlich ist nur der Verbalradikalismus von BNP-Chef Nick Griffin, sondern auch ihre Ambitionen, mit einem attraktiveren Bündnispartner von den britischen Inseln ins Geschäft zu kommen. Denn der französische FN umwirbt derzeit, ebenso wie Teile der „Alternative für Deutschland" (AfD) es tun, die britisch-nationalistische Partei UKIP von Nigel Farage. Ihr prognostizieren Umfrageinstitute hohe Wahlergebnisse, das Institut ComRes sagte ihr Anfang April sogar dreißig Prozent bevor. Die Partei profilierte sich im vergangenen Jahrzehnt vor allem mit EU-Kritik, hat ihr Repertoire aber in jüngerer Zeit um deutliche Agitation gegen Einwanderer erweitert.

Bislang will die UKIP allerdings offiziell von Parteien wie dem Front National nichts wissen: Ihr offizieller Bündnispartner in Frankreich ist der bürgerliche Nationalist und „Spätgaullist" Nicolas Dupont-Aignan. Dass dessen Liste unter der Bezeichnung Debout la République! (DLR, ungefähr: „Aufrechte Republik") ins Europaparlament einzieht, ist jedoch ausgesprochen unwahrscheinlich. Wenn die Zusammensetzung des Parlaments in Strasbourg auf der politischen Rechten einmal feststehen wird, könnten die Karten neu gemischt werden. Dann könnte es auch interessant werden, an wessen Seite sich etwa die möglichen AfD-Abgeordneten positionieren werden.

B.S., Paris ■

tern, aber auch jüdischer oder vegetarischer Familien in Anspruch genommen werden) mehr serviert werden. Sofern dies zum faktischen Ausschluss solcher Kinder von der Kantine führt, wäre dies mutmaßlich illegal.

Unterdessen erklärten andere Parteifunktionäre Unterschiedliches zum Thema: Partei-Vizevorsitzender Florian Philippot erklärte, es gehe nur darum, „Verbote zu verbieten“, also zum Schweinefleischessen gewillte Kinder nicht (aus Rücksicht auf religiöse Gebote Anderer) davon abzuhalten. Aber dies passiert ohnehin nicht, was auch gesetzwidrig wäre. Der neue parteilose, doch vom FN unterstützte Bürgermeister von Béziers – Robert Ménard – seinerseits erklärte ebenfalls, die Wahlfreiheit aufrecht zu erhalten. Allerdings werde er „Halal-Nahrung“ aus den Schulkantinen verbannen. „Halal“-Geboten bei Muslimen oder Kascher-Vorschriften bei Juden genügen Speisen dann, wenn ihre glaubensmäßige Zubereitung (Rinder müssen etwa ausgeblutet respektive geschächtet werden) durch einen Imam bzw. Rabbiner bestätigt worden ist. Dies wäre in Frankreich, wo Kirchen und Staat seit 1905 getrennt sind, an öffentlichen Schulen absolut illegal und findet deswegen auch nicht statt: Als „halal“ ausgewiesene Nahrung wird dort grundsätzlich nicht serviert.

Am 8. April d.J. wurde bekannt, dass die neue Kommunalregierung von Hénin-Beaumont unter Steeve Briois (FN) der Liga für Menschenrechte – LDH – ihre bislang kostenlos vom Rathaus zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten entzogen bekommt. Die traditionsreiche Menschenrechtsvereinigung (die LDH besteht seit 1898) war bislang durch die Gemeinde in dem Raum, der 20 Quadratmeter misst; beherbergt worden. Kurz darauf beschloss die neue Rathausmehrheit mit den Stimmen des Front National, nachträglich „36 000 Euro geschuldeter Mietzahlungen“ einfordern zu wollen. Am 09. April erklärte der parteilose doch für den FN in die Nationalversammlung gewählte Abgeordnete und kamerasüchtige Anwalt Gilbert Collard, wäre er an der Stelle von Briois gewesen, hätte er „die LDH nicht hinausgeworfen“. Denn dies gebe nur „jenen Nahrung, die uns in die faschistische Ecke abdrängen wollen“. Stattdessen hätte er von der Vereinigung gefordert, „einen Mietvertrag zu unterzeichnen und (künftig) zu bezahlen“.

Mittlerweile beschwerte sich die rechtsextreme katholische Vereinigung AGRIF (Allgemeine Allianz gegen den antifranzösischen Rassismus und für die Verteidigung der Identität) unter Bernard Antony über das neue FN-geführte Bezirksrathaus im Siebten Sektor von Marseille. Seit den jüngsten Kommunalwahlen regiert dort der FN-Bürgermeister Stéphane Ravier. Dessen Beisitzerin, Evelyne Bettuzi, führte als Standesbeamtin – zum Verdruss der rechtsextremen Ultrakatholiken – einen Eheschluss zwischen zwei homosexuellen Männern durch. Aus der Sicht von Letztgenannten hätte die gesamte Rathausmannschaft „aus Gewissensgründen“ verweigern, und sich dadurch in die Illegalität stellen, müssen. Am 14. April 2014 übertitelten sie eine Presseaussendung mit der Überschrift: „ Trauriges Marseille“.

In Villers-Cottêrets (rund 80 Kilometer nordöstlich von Paris, 10 000 Einwohner/inne/n) machte der dortige FN-Bürgermeister Frank Briffaut auf andere, unangenehmere Weise von sich reden. Briffaut ist ein langjähriges Parteimitglied und bereits seit 1977 beim FN aktiv, also seit Zeiten, als die Partei noch eine Splittergruppe mit zum Teil offen neonazistischen Tendenzen war. Villers-Cottêrets ist u.a. dadurch bekannt, dass dort im Jahr 1806 der General Thomas Alexandre Dumas verstarb. Der General Dumas, Vater des bekannten Schrifstellers Alexandre Dumas, war 1762 als Sklave in der damaligen französischen Besitzung Saint-Domingue – heute Haiti – geboren worden. Unter der Französischen Revolution und in den Anfangsjahren des Aufstiegs von Napoléon I. Bonaparte stieg er zum militärischen Befehlshaber auf und nahm u.a. am Ägyptenfeldzug teil, wurde jedoch im Zuge der massiven Stellenstreichungen bei der Armee Bonapartes infolge des Friedensschlusses von Amiens (1802) entlassen. Er war der erste schwarze, karibikfranzösische General in der französischen Armee.

Alljährlich wurden in Villers-Cotterêts seit 2007 Gedenkfeiern für die Abschaffung der Sklaverei am 10. Mai und am 23. Mai organisiert. Der 10.05. ist der Jahrestag der Annahme der ‚Loi Taubira‘ von 2001, eines nach der damaligen Abgeordneten von Französisch-Guyana (und jetzigen Justizministerin) benannten Gesetzes, das in Frankreich erstmals die Sklaverei als „Verbrechen gegen die Menschheit“ anerkannt hat. Und am 23.05.1848 fand die zweite und definitive Abschaffung der Sklaverei in Frankreich durch Victor Schoelcher statt – nach der ersten Abschaffung durch den Revolutionären Konvent im Februar 1794, in deren Folge die legale Sklavenhaltung in der Karibik jedoch am 20. Mai 1802 unter Napoléon I. wieder eingeführt wurde. (Immerhin hatte die Revolution die Zeit gefunden, ab 1794 auf der Insel Guadeloupe die meisten Sklavenbesitzer unter die Guillotine zu legen. Unglücklicherweise nicht auch auf der Nachbarinsel La Martinique.) Seit 2006 schreibt ein Regierungsdekret vor, in der Hauptstadt Paris sowie „in allen Örtlichkeiten, mit denen ein Gedenken an die Sklaverei verbunden ist“, zumindest am 10. Mai jährlich eine Feier auszurichten.

In diesem Jahr jedoch annullierte der neue Bürgermeister vom FN die städtischen Feierlichkeiten zum Thema. Er führte dazu aus, diese verkörperten in seinen Augen „eine modische Form der“ – Anm.: nationalen – „Selbstanklage, des dauernden Weckens von Schuldgefühlen, während anderswo auf der Welt, während in Afrika die Sklaverei auch heute noch existiert.“ (Eine Anspielung vielleicht auf Mauretanien, wo tatsächlich noch sklavereiähnliche Beziehungen zwischen arabisch/berberischen Mauren und Schwarzen existieren?) Dagegen protestierten die „Vereinigung der Freunde des Generals Dumas“ und sämtliche antirassistischen Organisationen, die daran erinnerten, dass das Dekret von 2006 zudem eine obligatorische Vorschrift sei.

Ferner kündigte Bürgermeister Briffaut an, ihm zufolge „parteiischen“ Vereinigungen der Zivilgesellschaft ihre bisherigen kommunalen Subventionen, etwa in Form der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, zu streichen. Zu den im Visier stehenden Verbänden zählen die CGT (der stärkste Gewerkschaftsbund in Frankreich) bzw. ihr Ortsverband sowie die FCPE, eine Elternvereinigung im öffentlichen Schulwesen.

Allgemein stellen sich die FN-geführten Rathäuser auf den Standpunkt, ihre Amtsperiode müsse durch notfalls auch harte Sparmaßnahmen (vor allem auf Kosten von Subventionen an zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen) einerseits, durch kommunale Steuersenkungen auf der anderen Seite geprägt werden. In Hénin-Beaumont verkündete der neue FN-Bürgermeiste Steeve Briois – er ist gleichzeitig auch Generalsekretär der Partei – eine Senkung der Wohnsteuer um 10 Prozent[i]. Gegen die Auffassung des Rechnungshofs, der davon abriet, weil die frühere Bergarbeiterstadt bereits mit über 30 Millionen Euro verschuldet ist. Briois berief sich jedoch darauf, es zähle zu den Grundsätzen der Partei, überall dort die Steuern zu senken, wo sie am Ruder sei. Gleichzeitig verkündete er, man werde „an geeigneter Stelle nach Subventionen suchen“[ii]. Örtlich sollen die Subventionen abgebaut werden, aber an anderer Stelle darf man dann die Kommune subventionieren…? Wenn er da mal nicht die Rechnung ohne die andere Wirte aufmacht?

Nicht gar so gut kommt vor diesem Hintergrund an, dass zwei frisch gewählte FN-Bürgermeister in Südostfrankreich (jene von Le Luc und Cogolin, im Hinterland der Côte d’Azur) beschlossen, ihre eigene Entlohnung je um 15 % respektive 14,72 % zu erhöhen[iii].

In Mantes-la-Ville, im erweiterten Großraum Paris, verbot der 32jährige Bürgermeister Cyril Nauth (FN) den Kommunalverordneten der Linksparteien, am 27. April – dem Nationalen Gedenktag für die Deportation, unter der Nazibesatzung in Frankreich – einen Kranz am Totendenkmal vor dem Rat-

Bericht Abschiebestop! Abschlussaktion

Es war die letzte Aktion des Abschiebestop-Bündnisses und sie war noch einmal laut und ausdrucksstark: Ca. 80-100 Personen sind dem Aufruf gefolgt, es kam zu einer Blockade und auch im Terminal konnte unangemeldet und lautstark demonstriert werden.

Blockade am Gate und Demo im Terminal Flughafen Düsseldorf

Schon um 8 Uhr morgens fanden sich viele Aktivist*innen am Gate F bzw. Tor 36 ein. Seitlich gelegen und abseits des touristischen Treibens finden hier unter Ausschluss der Öffentlichkeit Abschiebungen und Sammelabschiebungen mit Chartermaschinen statt. An diesem Tag sollten zum wiederholten Male Roma u.a. nach Serbien abgeschoben werden. Die Kleinbusse der Ausländerbehörden, bzw. der große weiße Bus der ZAB Zentralen Ausländerbehörde Bielefeld fahren durch die verschiedenen Tore zum Gate F, wo eine Chartermaschine auf die abzuschiebenden Leute wartet.

Blockade vor Tor 40

Mit Transparenten und Schildern standen Aktivist*innen am Tor 36, skandierten lautstark ihren Unmut über die Abschiebung und zeigten Solidarität mit den Betroffenen. Doch diesmal tauchten auch ein Gate weiter am Tor 40 Aktivist*innen auf und kurzerhand wurde eines der Kleinbusse der Ausländerbehörden blockiert. Eine Sitzblockade, die letztlich von sichtlich genervter Polizei aufgelöst werden musste. Es kam aber glücklicherweise weder zu Festnahmen noch Personalienfeststellungen und komischerweise konnte sich auch partout kein*e Versammlungsleiter*in finden...Überhaupt war erstaunlich wenig Polizei vor Ort. Da gab es schon kleinere Aktionen, mit deutlich stärkerer Polizeipräsenz am Flughafen.

Nach der Blockade wurden langsam und nicht immer so geordnet wie von der Staatsmacht gewünscht: „Wenn immer noch keiner mit mir reden will, dann müssen sie jetzt aber auf dem Gehweg gehen!“ zu den anderen am Tor 36 aufgeschlossen und letztlich in einer unangemeldeten kleinen Demonstration auf der Straße zügig zum Terminal gegangen. Ein Versuch der Polizei die spontane Demo aufzuhalten, konnte durch die Entschlossenheit und zügiges weitergehen, bzw. an der Polizei vorbei drängeln verhindert werden. „Das ist doch hier kein rechtsfreier Raum“ empörte sich dann auch einer der Beamten.

Kein rechtsfreier Raum

Nun, rechtsfrei keine Ahnung, aber leider ein Raum, in dem die gewaltsame Abschiebung von Menschen, eine Einteilung von Menschen nach kapitalistischer Verwertungslogik, das auseinanderreißen von Familien, das Übergehen ärztlicher Atteste, das Missachten des Selbstbestimmungsrechtes von Menschen tagtäglich stattfinden. Ein Raum, in dem die sogenannte Grenzschutzagenture Frontex zusammen mit den europäischen Mitgliedsstaaten Abschiebungen nach Effizienz ausrichten und Fluggesellschaften sowie Flughäfen an diesem schmutzigen Geschäft verdienen. Ein Ort an dem es Einzel- und Sammelabschiebungen gibt.

Und so war auch die Wut über die Ohnmacht gegenüber dieser perfiden Abschiebemaschinerie spürbar, als laut skandierend die Demonstrant*innen in das Terminal des Flughafens drangen und nun auch für die Reisenden und Flughafenangestellten sichtbar gegen die Abschiebung demonstrierten.

Grenzregime und die Situation von Roma in Europa

In Redebeiträgen wurde auf die Situation der Roma in Europa im allgemeinen und im speziellen auf, die der Abgeschobenen nach Serbien hingewiesen (siehe Bericht einer Recherchereise), sowie auf die Verantwortung Deutschlands angesichts der Verfolgung von Sinti und Roma während der Nazi-Zeit aufmerksam gemacht. Es wurden die Verbindungen zu Grenzregime, dem Sterben, bzw. dem gezielten Töten an den Grenzen Europas und der Rolle von Frontex auch bei Sammelabschiebungen gezogen.

AirBerlin, die ihre Chartermaschinen für Sammelabschiebungen zur Verfügung stellen wurde mehrfach als Profiteure benannt. „Nazis morden, AirBerlin schiebt ab, ...“ hieß es denn auch.

Unabhängig von den Gründen, Abschiebung bedeuten immer Gewalt

Angesichts der rassistischen und antiziganistischen Hetze in den Medien wurde noch einmal betont, dass wir gegen ALLE Abschiebungen sind, unabhängig davon ob jemand sogenannt „gut integriert“ ist und schon lange in Deutschland wohnt oder zur Verbesserung z.B. seiner wirtschaftlichen Situation hierher kommt. Unabhängig von den Gründen weshalb Menschen sich entschließen zu migrieren oder zu fliehen, Abschiebungen bedeuten immer Gewalt! Und niemand hat das Recht einen Menschen gegen seinen Willen an einen anderen Ort zu verfrachten!

Nach einer lauten Runde mit vielen Parolen, und einem Abstecher durch die tiefer gelegene Ankunftsebene des Flughafens fand die Demo so langsam ihren Abschluss.

Nicht das Ende des Widerstands

Es war die letzte Aktion im Rahmen der seit 2010 regelmäßig stattfinden Aktionen des Bündnis Abschiebestop! Düsseldorf. Aber für alle war klar, dies war nicht das Ende des Protestes gegen Abschiebung bzw. Sammelabschiebungen, gegen Rassismus und Antiziganismus! In Verbindung bleiben, mit Menschen, die von Ab-

---

haus niederzulegen. Dennoch beschlossen eine frühere sozialdemokratische Bürgermeisterin und eine frühere kommunistische Beisitzerin der Stadt, sich dem Verbot zu widersetzen. An dem selben Sonntag trugen zudem Teilnehmer/innen an der Gedenkveranstaltung demonstrativ ein rotes Dreieck an ihrer Kleidung, das Abzeichen der aus politischen Gründen Verfolgten in den NS-Konzentrationslagern. – Ferner deutet sich in Mantes-la-Ville ein Konflikt über einen muslimischen Gebetsraum an, den die alte (sozialdemokratisch geführte) Kommunalregierung im Oktober 2013 genehmigt hatte, den die neue jedoch verhindern möchte[iv].

Fortsetzung folgt garantiert…

■*Bernard Schmid, Paris*

i Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/04/24/97001-20140424FILWWW00333-henin-beaumont-un-vaste-plan-d-economies.php

ii Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/decryptages/2014/04/24/25003-20140424ARTFIG00203-le-fn-baisse-la-taxe-d-habitation-a-henin-beaumont-contre-l-avis-de-la-cour-des-comptes.php

iii Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/couacs/2014/04/24/25005-20140424ARTFIG00299-deux-maires-fn-du-var-augmentent-leurs-indemnites.php

iv Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/04/23/le-maire-fn-de-mantes-la-ville-veut-bloquer-la-construction-d-une-salle-de-priere_4405648_823448.html

schiebung betroffen sind. Und weiterhin laut und entschlossen gegen das Grenzregime und seine Profiteure kämpfen! Seid kreativ, bleibt widerständig!

Stopp aller Abschiebungen!
Bleiberecht für alle Roma!
Bleiberecht für alle!

Das Netzwerk Abschiebestop! ist weiterhin unter der E-Mail Adresse abschiebestop[q]riseup. net zu erreichen.

http://abschiebestop.blogsport.de

Krankenversicherungskarte in Rostock

Neben dem Land Bremen mit seinem Modell zur Krankenversorgung von Asylsuchenden will auch eine Kommune auf die Gesundheitsversorgung mittels Krankenversicherungskarte umsteigen. In Rostock erwirkte die Bürgerschaft mit Nachdruck, dass sich die Stadt in Verhandlungen mit Krankenkassen begibt. Dazu Oberbürgermeister Methling: „Nach erneuter Prüfung der Rechtslage durch die Stadtverwaltung ergibt sich für mich kein Grund mehr, den Beschluss zu beanstanden. Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass jeder Asylbewerber in Rostock diese Karte sehr schnell in seiner Hand hält.“ Dass die Bundesregierung das AsylbLG abschafft, ist mehr als fraglich und obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits am 18.Juli 2012 urteilte „unverzüglich“ solle der Gesetzgeber tätig werden, besteht die gesetzlich geregelte Schlechterstellung weiterhin. Insofern sollten die Länder bzw. ggf. Kommunen sich für die von ihnen zu versorgenden Asylsuchenden einsetzen und vorbildliche Eigenregelungen treffen.

Quelle: asyl@ibis-ev.de 11.04.2014 ■

Unterschriftenaktion zur Europawahl

Am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

Doch Roma sind für die Herrschenden innerhalb und außerhalb der EU nicht einmal als Souverän des Parlamentarismus von Bedeutung.

Stattdessen werden die Mitglieder dieser ethnischen Minderheit seit Jahrzehnten in den Ländern wo sie leben durch öffentliche Stellen oder von diesen geduldet verfolgt, diskriminiert und sozial ausgegrenzt – und dies ist offenbar weder für den Europäischen Rat noch für die Kommission der Rede wert.

Mit einer gemeinsamen Postkartenaktion zur Europawahl appellieren der Landesverband der Deutschen Sinti und Roma und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holsteins sowie das Projekt diffairenz im IQ-Netzwerk SH an das Europäische Parlament, sich für eine wirksame europäische Antidiskriminierungspolitik zugunsten von Roma innerhalb und außerhalb Europas einzusetzen.

Sie können die Postkarte – gern auch mehrzählig zum Weiterverteilen beim Flüchtlingsrat SH anfordern: office@frsh.de – und/oder sich hier mit einer eMail an das Menschenrechtskommitee des Europäischen Parlaments an der Qktion beteiligen.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 04-2014 ■

Unterlassene Hilfeleistung: Gesetzgeber leistet Taten Vorschub

Im Dezember 2011 wäre der damals 15 Monate alte Leonardo Petrovic in der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf fast gestorben. Obwohl das Kind serbischer Asylsuchender Anzeichen einer schweren Erkrankung zeigte, verweigerten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und alle weiteren Bediensteten der Einrichtung ihre Hilfe. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf wurden heute wegen unterlassener Hilfeleistung und Körperverletzung durch Unterlassung zu Geldstraften verurteilt.

„Das Fehlverhalten der Mitarbeiter in Zirndorf ist nur ein Teil des Problems“, sagt Bernd Mesovic, stellvertretender Vorsitzender von PRO ASYL. „Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz leistet der Gesetzgeber solchen Straftaten Vorschub.“

Das Asylbewerberleistungsgesetz regelt unter anderem, dass die Betroffenen nur Anspruch auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände haben. Häufig maßen sich medizinisch inkompetente Bedienstete die Entscheidung an, ob ein dem Gesetz nach „legitimer“ Behandlungsanspruch besteht – insbesondere wenn medizinisches Personal nicht unmittelbar greifbar ist. Vor dem Hintergrund des Gesetzes meinen manche Bedienstete zudem, sie müssten „missbräuchliche“ Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen verhindern. Kranke Flüchtlinge werden so auf Gedeih und Verderb restriktiven Entscheidungen inkompetenter Menschen ausgeliefert. Der Fall Leonardos ist bundesweit einer von mehreren Fällen, in denen Asylsuchende derart fast oder vollends zu Tode verwaltet wurden.

„Der Paragraph 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes ist lebensgefährlich“, so Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht für Asylsuchende, Geduldete und weitere Betroffene ein ganzes Bündel an diskriminierenden Maßnahmen vor. Der Flüchtlingsrat und PRO ASYL fordern die Abschaffung des Gesetzes.

Leonardo Petrovic lebte im Dezember 2011 mit seinen Eltern erst seit zehn Tagen in der Zirndorfer Erstaufnahmeeinrichtung. Am 19. Dezember 2011 früh morgens alarmierte sein Vater den Sicherheitsdienst an der Pforte und bat, einen Krankenwagen zu holen. Bei Leonardo zeigten sich Anzeichen einer schweren Erkrankung, die sich später als Meningokokkeninfektion herausstellte. Die beiden Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und alle weiteren Bediensteten in der Einrichtung verweigerten zunächst ihre Hilfe. Auch nachdem ein Krankenschein vorlag, riefen sie keinen Krankenwagen. Die Verspätung hätte Leonardo fast das Leben gekostet. Das Kind trägt Narben großflächiger Hauttransplantationen davon. Mehrere Fingerglieder, zwei Zehen und Teile des Mittelfußknochens mussten amputiert werden.

Im Prozess wurde deutlich, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf hinsichtlich der medizinischen Versorgung völlige Desorganisation herrscht. Eine klare Weisungslage gibt es bis heute nicht. Die Risiken für neuankommende Flüchtlinge, die sich bei gesundheitlichen Problemen oft nur schwer verständlich machen können, bestehen weiterhin.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl und Bayerischer Flüchtlingsrat 15.04.2014 ■

Krankenversorgung: Flüchtlinge brauchen Gleichbehandlung

Niedersachsen. Darum geht's

Am Donnerstag vergangener Woche kam es zum tragischen Tod des kleinen Joshua, nachdem seine Mutter von einer Klinik in Hannover weggeschickt wurde. Der Fall erinnert an den Fall des jungen Flüchtlingskindes Leonardo Petrovic der in der bayerischen Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf fast gestorben wäre. Die Fälle haben eine bundesweite Debatte zur gesundheitlichen Versorgung von Asylbewerbern ausgelöst.

Das sagen die Grünen

Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin: „Unser Mitgefühl ist bei der Familie des kleinen Joshua. Der Tod des Kindes muss umfassend aufgeklärt werden. Der tragische Tod zeigt die diskriminierende und tückische Wirkung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir fordern einen diskriminierungsfreien Zugang für Flüchtlinge und eine Gleichbehandlung bei der Krankenversorgung. Das Grundgesetz ist migrationspolitisch nicht relativierbar.“

„Rot-Grün hat sich in dem gemeinsamen Koalitionsvertrag eindeutig für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes positioniert. Wir erarbeiten unabhängig vom Fall Joshua eine Initiative, die die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Niedersachsen vorsieht. Wir haben auch diejenigen im Blick, die oftmals den Weg zum Krankenhaus und Arzt gänzlich meiden,

weil sie illegalisiert hier leben. Nur die Unionsparteien blockieren seit Jahrzehnten auf Landes- Bundes- und europäischer Ebene entsprechende Initiativen."

Zum Hintergrund

Flüchtlinge benötigen einen Krankenschein um von Ärzten und in Krankenhäusern behandelt zu werden. Über die Ausgabe eines Krankenscheins entscheidet in der Praxis oft nicht-medizinisches Verwaltungspersonal. Zur Verweigerung der Behandlung durch Krankenhäuser und Ärzte kann es kommen, weil Unsicherheit über die Übernahme der Kosten besteht. Eine elektronische Gesundheitskarte wie sie in Bremen bereits gehandhabt wird, würde Unsicherheiten und Ungleichbehandlung beenden.

Im Fall von Leonardo Petrovic wurden die verantwortlichen Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf gestern (Dienstag) wegen unterlassener Hilfeleistung und Körperverletzung durch Unterlassung zu Geldstraften verurteilt.

Quelle: Pressemeldung Nr. 65 Bündnis 90/Die Grünen im Nds. Landtag vom 16.04.2014 ■

ver.di-Jugend: Aktiv gegen Diskriminierung

Die ver.di-Jugend verweist auf ihrer Internetseite auf einen Bericht der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes, wonach sich im deutschen Bildungssystem ein Viertel der Lernenden und Studierenden mit Migrationshintergrund diskriminiert fühlen. Ebenfalls diskriminiert fühlen sich Behinderte, Lesben und Schwule.

Angesichts dieser Situation zeigt die ver.di-Jugend eine Reihe von Möglichkeiten gegen Diskriminierung aktiv zu werden. Eine Möglichkeit sind Projekttage im Betrieb oder in der Berufsschule, bei denen thematisiert wird, wie Diskriminierung funktioniert, wie Vorurteile entstehen und wie man dagegen vorgehen kann. Darauf basierend werden Auszubildende zu aktivem Handeln ermuntert. Daneben können auch Referentinnen oder Referenten der ver.di-Jugend auf Jugend- und Auszubildendenversammlungen zu dem Thema referieren.

Auch die DGB-Jugend hat im Rahmen des Netzwerks für Demokratie und Courage eine Reihe von Angeboten, die genutzt werden können. Dazu kommt die deutschlandweite jährliche Berufsschultour, die auch über Fragen von Antidiskriminierung informiert.

Zusammengefasst sind die Angebote und weitere Informationen auf der Seite http://www.aktiv-gegen-diskriminierung.info/ die von der ver.di-Jugend betrieben wird.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2014" ■

Sichere Herkunftsländer?

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hat das Vorhaben der Bundesregierung scharf kritisiert, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sowie Albanien und Montenegro als sichere Herkunftsländer einzustufen und dadurch Asylanträge aus diesen Staaten noch schneller als „offensichtlich unbegründet „ abweisen zu können. Im gesamten Jahr 2013 hatten 11 500 Serben und 6000 Mazedonier einen Asylantrag in Deutschland gestellt.

Schon jetzt werden fast keine dieser Asylanträge, die vor allem von Roma gestellt werden, anerkannt – und das, obwohl Menschenrechtsorganisationen die rassistische Ausgrenzung bis hin zur Verfolgung dieser Minderheit in ihren Heimatländern dokumentieren und vielfach belegen, dass selbst brutale Übergriffe von der Polizei nicht geahndet, Roma von Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeitsmarkt systematisch ausgeschlossen werden.

„Schon die jetzige Rechtsanwendung wirft starke Zweifel auf, ob die Fluchtgründe von Roma im Asylverfahren unvoreingenommen geprüft und ernstgenommen werden", so Heiko Habbe, JRS-Policy Officer. Auch JRS Direktor Frido Pflüger SJ übt scharfe Kritik an der geplanten Gesetzesänderung: „Menschen fliehen vor Hass und massiver Diskriminierung zu uns, und wir überlegen nur, wie wir sie möglichst schnell wieder los werden. Das ist armselig." Kirchen, Amnesty International und Pro Asyl hatten ebenfalls klar Stellung gegen den Gesetzesentwurf bezogen.

Quelle: http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de 04/2014 ■

Zum Beispiel Walsrode: gegen Rassismus

Über 1300 Aktivitäten – Veranstaltungen, Ausstellungen, Diskussionen, Konzerte, Aktionen etc. – fanden zu den diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Hinter den Zahlen, die den Erfolg belegen, stecken unabhängig von der Größe der Veranstaltung 1300 Mal Initiative, Engagement und Arbeit. So zum Beispiel im Industriepark Walsrode in Niedersachsen.

Der Betriebsrat des Industrieparks – der die Interessen der Beschäftigten aller dort angesiedelten rund 20 Betriebe vertritt – hatte gemeinsam mit dem Vertrauensleutekörper beschlossen, zu den Wochen gegen Rassismus aktiv zu werden. Es gab auch bald eine Idee: Eine Ausstellung mit Plakaten von jungen Leuten, die sich damit am Wettbewerb „Die Gelbe Hand" 2012/2013 beteiligt hatten.

Für Betriebsrat Detlef Scherer war schnell klar, dass die Kantine der ideale Ort für die Ausstellung war. Da kommen alle hin, um gemeinsam zu essen. Die Geschäftsleitung wurde angesprochen und fand die Idee gut. Jetzt mussten nur noch die Plakate besorgt werden. Das hatte nun einen kleinen Haken. Entsprechend der Copyright-Regelungen darf der Kumpelverein die Beiträge zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand" für eigene Veranstaltungen nutzen, er darf sie aber nicht einfach weitergeben. Hier wurde die Geschäftsführerin des Kumpelvereins, Klaudia Tietze, aktiv. Sie wandte sich an das Adolph-Kolping-Berufskolleg in Münster. Die Antwort kam prompt – in Form der Unterschriften der beteiligten Azubis. Der Ausstellung im Industriepark stand nichts mehr entgegen.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2014" ■

Dublin-Abschiebung durch Aktivist_innen verhindert

Nach uns vorliegenden Informationen sollte heute morgen in Göttingen ein Flüchtling aus Somalia nach Italien überstellt bzw. abgeschoben werden. Aktivist_innen solidarisierten sich mit ihm und blockierten das Treppenhaus.

Daraufhin versuchte die Göttinger Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in einem offenbar überaus brutalem Einsatz das Treppenhaus zu räumen. Dabei wurden die Aktivist_innen laut der Grünen Jugend Göttingen von der Polizei, die mit mehreren Mannschaftswagen und mit Hundestaffel vor Ort war, angegriffen und teilweise in den Keller getrieben.

„Das Vorgehen der BFE-Beamt*innen war beängstigend und vollkommen skrupellos. Protestierende Menschen, die sich untergehakt hatten, wurden geschubst, geschlagen, mit Schmerzgriffen traktiert und, besonders erschreckend, nach dem Herausreissen aus der Menge in mehreren Fällen die Kellertreppe heruntergeworfen. Darüber hinaus wurde in dem überaus engen Treppenhaus anfangs Pfefferspray eingesetzt."

Aufgrund der Gewalt entschied sich ein

Mitarbeiter des Ausländeramtes letztendlich für einen Abbruch der Aktion, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

So erfreulich es ist, dass die Abschiebung erstmal verhindert werden konnte, so erschreckend sind diese Umstände. Es bleibt dringender Klärungsbedarf:

➢ Was genau ist vorgefallen?
➢ Wie geht es den Betroffenen?
➢ Warum wird mit solch einer Gewalt versucht abzuschieben?
➢ Warum wurde diese Aktion erst nach mehreren Verletzten abgebrochen und nicht gleich, wie in Osnabrück passiert, sofort beschlossen, dass eine Abschiebung unter diesen Umständen nicht möglich ist?
➢ Wozu waren überhaupt Hundestaffeln nötig?

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 10.04.2014 ■

Kirchenasyl: Hoffnung für Flüchtlinge

„Die Zahl der Kirchenasyle in Bayern steigt rasant“, beobachtet Bruder Dieter Müller SJ vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst in München.

Jede Woche rufen ihn Gemeinden an, die nicht zusehen wollen, wie Flüchtlinge in große Not abgeschoben werden.

Der JRS unterstützt sie dabei und übernimmt Anwaltskosten. So auch für Familie A. aus Afghanistan.

Kurz hinter der Grenze wurde die Familie, die es aus Afghanistan über die Slowakei nach Deutschland geschafft hatte, festgenommen. Der Vater wurde in Abschiebungshaft, die Mutter mit der Zweijährigen in eine Gemeinschaftsunterkunft in Bayern gebracht. Dieses Erlebnis hat das ohnehin schon seelisch belastete Kind zutiefst verstört.

Nach dem eine vom JRS bestellte Anwältin die Freilassung des Vaters erwirkte, soll die Familie in die Slowakei abgeschoben werden. Seit Januar leben die drei deshalb im Kirchenasyl in St. Korbinian in München.. „Aus meinen seelsorglichen Gesprächen bin ich überzeugt, dass die Familie schutzbedürftig ist“, sagt Bruder Müller SJ. „Die kleine Tochter hat eine schwere Flucht hinter sich und in Bayern, wo die Familie auseinandergerissen wurde, Wochen voller Angst durch litten.

Sie braucht Ruhe und das Gefühl, in Sicherheit zu sein.“

Er hofft, dass die Behörden es der Familie erlauben, das Asyl verfahren in Deutschland zu führen.

Lösungen für Geflüchtete im Kirchenasyl werden immer im Austausch mit den Behörden gesucht. Es ist kein „rechtsfreier Raum“, im Gegenteil: „Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, sind ein Segen für den Rechtsstaat“, betont JRS –Direktor Frido Pflüger SJ. „Wo gesetzlich korrektes Vorgehen

großes Leid verursacht, bietet Kirchenasyl dem Staat die Möglichkeit, den Einzelfall noch einmal abzuwägen. Kirchenasyl kann den Rechtsstaat davor bewahren, gegen seine eigenen Werte zu verstoßen“, so Pater Pflüger SJ

Quelle: http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/jrs_infobrief_april_2014.pdf ■

20 Kirchenasyle in der Nordkirche

Forderung nach mehr Nothilfe

HAMBURG (EPD). Steigende Flüchtlingszahlen lassen die Notquartiere aus allen Nähten platzen – auch in der Kirche. „An unsere Türen klopfen zahlreiche Flüchtlinge an und bitten um Hilfe“, sagte Fanny Dethloff, Flüchtlingspastorin der evangelischen Nordkirche, am Donnerstag in Hamburg. In Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gebe es derzeit 20 Fälle von Kirchenasyl, sagte die 54-jährige Theologin am Donnerstag in Hamburg. Die sechs Hamburger Gästewohnungen für „Menschen in Not“ seien seit Monaten belegt. Etwa ein Dutzend evangelische Kirchengemeinden in Hamburg gewährt insgesamt rund einhundert Flüchtlingen „humanitäre Nothilfe“.

Unter den Flüchtlingen seien viele Roma-Familien sowie Menschen aus Syrien und Tschetschenien. Auch junge Flüchtlinge aus dem Iran, Afghanistan oder dem Irak würden innerhalb Europas hin- und hergeschoben. Oft würden ihnen Asylgründe abgesprochen, obwohl schwere Erkrankungen vorliegen, sagte Dethloff. Ihr Telefon stehe nicht still: „Ich muss zurück nach Italien!“, heiße es dann. Oder: „Mich schieben sie direkt aus Norwegen zurück nach Afghanistan.“ Oder: „Mich haben sie bereits fünfmal nach Ungarn zurückgeschoben. Ich kann nicht mehr.“

Die Flüchtlingsgruppe „Lampedusa in Hamburg“ habe die Situation unwillkommener Flüchtlinge aufgedeckt und eine breite Öffentlichkeit erreicht, sagte Dethloff. Viele von ihnen seien von Gemeinden untergebracht und würden rechtlich beraten und begleitet. „Manche haben eine Perspektive. Doch wie es konkret weitergehen soll, ist noch offen.“

Betroffenen seien aber auch viele Flüchtlinge, die bereits begonnen hatten, sich zu integrieren. Auch sie erhielten die Aufforderung, Deutschland wieder zu verlassen. „Vor allem in Hamburg ist jetzt die ökumenische Gemeinschaft gefordert“, sagte Dethloff. Mancherorts würden Flüchtlinge auch von Kirchengemeinden abgewiesen und weitergeschickt, etwa nach St. Pauli oder Ottensen. „Angesichts der Hilferufe brauchen wir noch viel mehr Willkommens-Kultur“, sagte die Pastorin.

www.kirchenasyl.de11.04.2014 ■

„Für ein Europa ohne Rassismus!“

Die Gelbe Hand zeigt Präsenz auf dem Antirassismus-Kongress am 5.April in Düsseldorf

Zu Beginn des Kongresses erklingt Beethovens Europa-Hymne: „Alle Menschen werden Brüder“, so lautet der Text. Eine Vision, die derzeit in weite Ferne gerückt zu sein scheint. In Frankreich erstarkt der rechtsextreme Front National in den Kommunalwahlen, in Ungarn ziehen die Rechten der Jobbik-Partei mit über 20 Prozent ins Parlament ein, in Holland hetzt Geert Wilders offen gegen marokkanische Zuwanderer. Umso wichtiger sind Veranstaltungen wie dieser vom DGB NRW, dem DGB Bildungswerk NRW und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Kongress „Für ein Europa ohne Rassismus“, zu dem sich an einem Samstagmorgen rund 250 Gäste im Düsseldorfer Kulturzentrum ZAKK einfanden.

„Derzeit erleben wir eine Entsolidarisierung, die sowohl die einzelnen Menschen als auch die EU-Staaten untereinander betrifft“, betont der DGB-Vorsitzende in NRW, Andreas Meyer-Lauber in seiner Eröffnungsrede. Vor allem die wachsende soziale Ungleichheit, bedingt durch einen rigiden Sparkurs der EU, schaffe den Nährboden für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien. Eine gefährliche Tendenz, zumal vom 22. bis 25. Mai das Europa-Parlament gewählt wird. Gerade deshalb war es für Giovanni Pollice, Vorsitzender des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an e.V.“, wichtig, als „Gelbe Hand“ mit einem Stand auf einer solchen Veranstaltung präsent zu sein und ein Zeichen zu setzen: „Wir müssen Europa mit vereinten, demokratischen Kräften gegen die Rechtspopulisten verteidigen!“

Wie die rechten Strömungen in Europa je nach Land einzuordnen sind, welchen Traditionslinien sie folgen und welche Positionen die anti-europäischen Parteien vertreten, erläuterte Alexander Häußler, Rechtsextremismus-Experte der FH Düsseldorf, in seinem Vortrag. Im Anschluss konnten die Teilnehmer sich in fünf Foren zu Themen des Rechtspopulismus, Antisemitismus, Antiziganismus und des rechtsextremen Terrors in Europa informieren und einbringen. Den Abschluss bildete ein Podiumsgespräch mit NRWs Europa-Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren. Sie unterstrich nochmals die Bedeutung eines vereinten Europas, kritisierte aber auch die auf Abschottung ausgelegte Flüchtlingspolitik der EU und forderte eine gerechte Verantwortungsverteilung in Europa. Im Schlusswort warb sie für den Kumpelverein und für tatkräftiges Engagement im Kampf gegen Rassismus. Damit am 25. Mai den Rechtspopulisten ein tolerantes Europa entgegenstellt wird.

Quelle: http://www.gelbehand.de

Tagung: Rechtsextremismusprävention und Geschlecht – Vielfalt_Macht_-Pädagogik*

RECHTSEXTREMISMUS PRÄ VENTION & GESCHLECHT

VIELFALT MACHT PÄDAGOGIK

Tagung
26.05.2014
9:30 – 17:30
Heinrich-Böll-Stiftung

„(R)echte Kerle" – „natürliche Weiblichkeit" – „Volksgemeinschaft" – „Die Revolution beginnt im Bett" – „deutsch und heterosexuell" – „Die Demokraten bringen uns den Volkstod"

Diese und andere Schlagworte rechter Kampagnen machen deutlich, dass extrem rechte Ideologien und Handlungsweisen stark vergeschlechtlicht sind. Umgekehrt verstellt ein geschlechterstereotyper Blick die Analyse rechter Aktivitäten, Strategien und Dynamiken, indem z.B. das Engagement rechter Frauen unsichtbar wird oder in der Gleichsetzung von „Nazi = Mann" männlichkeitsbezogene Hinwendungsfaktoren selbstverständlich scheinen. inwendung zu und Distanzierung von rechten Lebenswelten können viel mit geschlechtsbezogenen Versprechungen und Anforderungen zu tun haben. Unter Umständen werden rechte Lebenswelten gerade auch durch ihre Antworten auf gesamtgesellschaftliche geschlechtsbezogene Anforderungen attraktiv. Daher ist – ergänzend zu anderen Grundsätzen der Präventionsarbeit – ein Bewusstsein um die Dimension Geschlecht in rechten Lebenswelten ein notwendiger Aspekt präventiver Pädagogik. Dies gilt auch für eine kritische Beschäftigung mit der Rolle, die gesamtgesellschaftliche Geschlechterdiskurse und -anforderungen bei Hinwendungsprozessen spielen. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie geschlechterreflektierte Pädagogik dazu beitragen kann, rechte Szenen weniger attraktiv wirken zu lassen.

Die Abschlusstagung des 3-jährigen Projekts /Männlichkeiten und Rechtsextremismus/ von „Dissens – Institut für Bildung und Forschung" stellt Forschungsergebnisse vor und orientiert sich an im Projekt analysierten Bedarfen der Praxis. So geht es neben Fortbildungserfahrungen um konzeptionelle Ansätze, Anregungen zur professionellen Selbstreflexion und methodische Impulse. Da pädagogisches Handeln nicht im luftleeren Raum stattfindet, schließt die Tagung mit einer Diskussion zu strukturellen Rahmenbedingungen einer gelingenden Praxis geschlechterreflektierter Rechtsextremismusprävention.

Ort*: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin: Veranstalter_innen*: Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V., Heinrich-Böll-Stiftung; Wir freuen uns über eine Anmeldung bis zum 19. Mai 2014 unter: calendar.boell.de oder direkt: http://calendar.boell.de/de/event/rechtsextremismuspraevention-und-geschlecht-vielfaltmachtpaedagogik ; Die Teilnahme ist kostenfrei.

Neu erschienen!

21. aktualisierte Auflage der Dokumentation

„Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" (1993 bis 2013)

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

21 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen & gesellschaftlichen Rassismus

Anhand der vielen Einzelbeispiele der jährlich aktualisiert erscheinenden Chronologie wird deutlich, mit welcher Gewalt die gesetzlichen Vorgaben von Behörden, Gerichten, Polizei, medizinischem Personal und anderen umgesetzt werden und mit wieviel Willkür und Menschenverachtung Flüchtlinge gequält, ignoriert, schikaniert, isoliert und oft in Suizide oder zu Selbstverletzungen getrieben werden. Erpressung, Schikanen, Rechtsbrüche und Betrug, aber auch Sippenhaftung, Familientrennungen oder Inhaftierung Minderjähriger sind einige Mittel des Staates und seiner willfährigen MitarbeiterInnen, um den Ausreisedruck auf Flüchtlinge oft ins Unerträgliche zu steigern und sie damit zur „freiwilligen" Ausreise zu zwingen. Gelingt dies nicht, so wird die Ab- oder Rückschiebung mit Gewalt durchgesetzt.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2013.

Die Dokumentation umfasst zwei Hefte (DIN A4 – ca. 670 S.). Beide Hefte zusammen kosten 21 € plus 3,60 € Porto & Verpackung.

HEFT I (1993 – 2003) 11 € für 315 S. – HEFT II (2004 – 2012) 12 € für 369 S.- plus je 1,80 € Porto & Verpackung.

Bestellung: http://www.ari-berlin.org/doku/bestell.htm

Im Netz zur Zeit noch die 20. Auflage unter der Adresse: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Antirassistische Initiative Berlin

21 Jahre Recherche & Dokumentation des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

21. aktualisierte Auflage
1993 bis 2013

Abschiebung ist Mord

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Querelen in der AfD

Junge Freiheit Nr. 15 und 18/2014

Das Blatt schwankt zwischen Kritik und Unterstützung. Heißt es in der Ausgabe Nr. 15 noch unter der Überschrift „Abwärtsstrudel“: „Die AfD zeigt derzeit, wie man es nicht machen sollte … Zusammen mit den Rücktritten einiger Vorstandssprecher in mehreren Landesverbänden ergibt sich kurz vor Beginn der heißen Wahlkampfphase zur Europawahl das Bild einer zerstrittenen Partei, die sich vor allem mit sich selbst beschäftigt.“ So wird in der Ausgabe 18 ausführlich über die „Guten“ in der AfD berichtet, den baden-württembergischen Vorstandssprecher, der nach 25 CDU-Mitgliedschaft die AfD mit aufbaute oder die Vorstandssprecherin von Schleswig-Holstein, die den dortigen Landesverband gründete und gegen Ende der DDR im Neuen Forum mitgearbeitet hat – beides normale bürgerliche Existenzen, dafür eintreten, dass „Deutschland stärke seine nationalen Interessen“ vertreten soll, und die mit Kandidaturen auf den Plätzen 3 und 6 der Europaliste die Chance auf den Einzug ins Europäische Parlament haben.

NSU-Prozess

Junge Freiheit Nr. 16/14 vom 11. April 2014

Das Blatt hält fest an seiner Theorie, am Tod von Mundlos und Böhnhardt sei mindestens eine dritte Person beteiligt gewesen und den Wahrheitsgehalt der Anklage anzweifelt. Der Untersuchungsausschuss des Landtags Thüringens habe festgestellt, dass es an Rußpartikeln in der Lunge von Uwe Mundlos fehle, die aber da sein müssten, wenn er vor seinem Selbstmord den Wohnwagen angezündet habe. Daraus schlussfolgert das Blatt: „Skeptiker, die eine Verstrickung der Behörden vermuten oder zumindest den rekonstruierten Tathergang im Wohnwagen in Zweifel ziehen, fühlen sich durch die Diskussion über die Obduktionsberichte bestätigt. Am populärsten ist die Theorie vom unbekannten dritten Mann, der Mundlos und Böhnhardt erschossen und dann die Flucht ergriffen habe.“

Die JF will mehr Panzer

Junge Freiheit Nr. 15, 17, 18/2014

Unter der Überschrift „Rüstet wieder auf“ befasst sich das Blatt in der Ausgabe 15 mit der Ukraine-Krise: „Ausgerechnet jetzt, da sich das Ende der deutschen Beteiligung am afghanischen Bürgerkrieg abzeichnet … verleibt sich Russland die Krim ein … Nach Ansicht der Bundesregierung agiert Russland völkerrechtswidrig. Doch wie immer man die Krim-Krise auch bewertet – Berlin wurde verteidigungspolitisch auf dem falschen Fuß erwischt. Bundeswehr und Öffentlichkeit sind voll und ganz auf Auslandseinsätze fern der Heimat eingerichtet, ein ‚klassischer Großkonflikt‘ vor der eigenen Haustür, wie er nun angesichts der Lage in der Ukraine zumindest am Horizont erscheint, war nicht mehr eingeplant.“ Der Konflikt kann leicht zu einem Weltkrieg werden, wenn er militärisch betrieben wird – und das kalkuliert das Blatt mit ein: „Es besteht nämlich ein qualitativer Unterschied darin, ob man ein deutsches Jägerbataillon im beschaulichen Elsass stationiert oder ein Panzerbataillon in Polen – an der Ostgrenze der Nato.“

In der Ausgabe 17 beklagt das Blatt: „So haben EU und Nato der Politik des russischen Präsidenten derzeit nicht viel entgegenzusetzen. Mit militärischen Mitteln kann man Putin kaum drohen; denn man hat nach dem Ende des Kalten Krieges wirklich konventionell abgerüstet … Nun muss man schon vor als Milizen getarnten russischen Speznas-Kräften kuschen. Kurzfristig lässt sich daran nicht viel ändern. Mittelfristig schon. Man wird allerdings viel Geld ausgeben müssen, will man nicht die Erosion des Nato-Bündnisses an seiner Ostflanke riskieren. In den baltischen Staaten und in Polen erinnern sich die Menschen gut an das Jahr 1939, als sowjetische Truppen in Ostpolen und an die Ostseeküste vorrückten.“ – Sie rückten vor, weil Nazideutschland Polen überfallen hatte, sollte man im Gedächtnis behalten. Die Vorstellung, deutsche Truppen müssten sich wieder an die polnische Ostgrenze bewegen, wird auch in diesen Ländern nicht nur Gegenliebe hervorrufen. Das Blatt diskutiert die politische Krise als eine mit militärischen Mitteln zu lösende, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, dass das brandgefährlich ist und ein Krieg so auf keinen Fall auszuschließen ist.

In der Ausgabe 18 kommentiert Chefredakteur Dieter Stein dann: „Der Konflikt um die Ukraine bedeutet eine Rückkehr der Geschichte nach Europa. 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gerät das Machtgefüge auf dem Alten Kontinent in Bewegung. Es geht wieder um die Neuziehung von Grenzen, das Verschieben von Einflusszonen, um unverhüllte Machtpolitik – plötzlich sollen wieder ‚nationale Interessen‘ bestimmt werden.“ Und da – so Stein – passen die Ehrenmäler für die gefallenen Sowjetsoldaten nicht mehr ins Bild. Er erinnert an eine Aktion: „Der konservative Publizist Heimo Schwilk verpackte am 17. Juni 1995 symbolisch vor dem Reichstag die Attrappe eines T-34. Ich gehörte damals zu denen, die den Panzer verschnüren halfen. Wir wollten daran erinnern, dass sowjetische Panzer 1945 in Berlin nicht nur die deutschen Truppen besiegten, sondern auch die Volksaufstände 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei blutig niederwalzten.“

uld ■

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507